

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Wilhelm Haupt, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Garbann, Magdeburg. Druck von Franz Wetzig, Magdeburg. Geschäftsstelle: Breitenweg 127. Redaktion: Breitenweg 127 (Eing. Schrotbohrerstr.). Fernsprecher 1567.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobrief) 2 Mt. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Per Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mt., 2 Exempl. 2.90 Mt. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mt., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.50 Mt. zzgl. Postgebühren. Einzelne Nummern (einschl. der Monatsbeilage, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Inzerationsgebühren die fünfgehaltene Zeile 15 Pf. Post-Zeitungsliste Nr. 7779

Nr. 143.

Magdeburg, Donnerstag, den 22. Juni 1899.

10. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten. Außerdem liegt Bogen 13 vom Roman „Herrschen oder Dienen?“ bei.

Die Zuchthausvorlage im Reichstage.

Erste Lesung. Zweiter Tag. (Eigener Bericht.)

Mr. Berlin, 20. Juni.

Der Reichstag setzte heute die Beratung der Zuchthausvorlage fort. Hebel erhielt zunächst einen Ordnungsruf, weil er gesagt hatte, die Vorlage werde, wenn sie Gesetz werde, Deutschland zur Schmach und Schande gereichen. Der Ausdruck mag in dem gräßlich Ballestremschen Ohren nicht gut geklungen haben, wahr bleibt er trotzdem. Dann kam Herr v. Lebedow als Sprecher und Führer der Konservativen zum Wort. Herr v. Lebedow ist Regierungsmann sans phrase, in solchen Dingen steht ja auch die ganze reaktionäre Sippschaft hinter der Regierung, und es überraschte nicht, daß er seine unumwundene Zustimmung zur Vorlage ausdrückte. Die Rede war herzlich unbedeutend, kein neuer Gedanke war in ihr enthalten; sie umschrieb die Reden, die wir gestern vom Regierungstisch anhören mußten. Auf der Linken regte man sich deshalb auch nicht auf. Es kam dort kaum zu einem Zwischenruf.

Wiel gespannter war man auf das Auftreten Dr. Lieber's. Die Stellung des Centrums war ja bis zum Augenblick ziemlich unklar, und man erwartete nur, daß Dr. Lieber die erwünschte Klarheit verbreiten würde. Aber die Hoffnung wurde getäuscht. Herr Lieber sprach viel gegen, aber auch einiges für die Vorlage. Er verlangte eine Erweiterung des Koalitionsrechtes und Anerkennung der Berufsvereine, machte aber andererseits die Sozialdemokratie und ihre angeblichen Ausschreitungen, ihren Terrorismus, für die Einbringung der Vorlage verantwortlich. Immerhin muß anerkannt werden, daß er eine Annahme dieser Vorlage weit von sich wies und auch ein kräftig Wortlein über die Handhabung unserer Rechtsprechung sagte, so kräftig, daß auch er sich einen Ordnungsruf seines präsidientlichen Parteigenossen zuzog. Das Centrum stellte für den Herbst die Einbringung eines Gegenentwurfs in Aussicht. Herr Lieber ließ sich aber nicht darüber aus, ob er die zweite Lesung nach vorangegangener Kommissionsberatung oder ohne eine solche wünscht. Ob also die Vorlage morgen an eine Kommission verwiesen wird oder nicht, ist noch zweifelhaft geblieben, weil sich das Centrum wieder einmal dunkel auszudrücken beliebt.

Da war der nächstfolgende Redner Herr Bassermann von der nationalliberalen Partei viel deutlicher und offener. Er führte heute einen frischen fröhlichen Feldzug gegen die Vorlage und erntete lebhafte Beifall auf der ganzen linken Seite des Hauses. Die nationalliberale Partei scheint wirklich in einem Verwandlungsprozeß begriffen. Die sozialpolitische Einsicht scheint wenigstens bei einem Teile der Partei allmählich zu dämmern. Die Schlotbarone von der Farbe Möller und Hilba stehen freilich noch abseits und werden sicherlich von dem Geschimpfe der Bueck und Genossen im Centralverband deutscher Industrieller, das in den nächsten Tagen losgehen wird, ausgenommen werden. Herr Wassermann erklärte sich gegen alle dramatischen Maßregeln und sprach die von seinem Standpunkt aus gewiß richtige Behauptung aus, daß die Vorlage nur geeignet sei, die Arbeiter vor den Kopf zu stoßen und alle noch nicht der Sozialdemokratie verfallenen Elemente dieser zuzutreiben. Nach dieser Richtung hin beurteilte er das Gesetz ganz richtig und auch was er über unsere Substanzur sagte, kann man getrost Wort für Wort unterschreiben, denn er sagte nichts anderes, als was wir schon so oft gesagt haben, daß sich die Rechtsprechung nämlich immer mehr mit dem Volksbewußtsein in Widerspruch setzt. Freilich die Hoffnungen, welche sich Herr Wassermann von seiner Art der Bekämpfung unserer Partei macht, werden sich nicht erfüllen. Nach dieser Richtung wird er noch manche Enttäuschung erleben und was er von der Mauserung der Sozialdemokratie sagte, das zeigte doch deutlich, wie wenig er sich in das Wesen der Sozialdemokratie vertieft hat. Herr Wassermann hat heute seine beste Rede gehalten, und sein Talent, eine Führerrolle zu spielen, zum ersten Male erwiesen.

Den König Stumm vertrat Herr Arendt, ein Keuling im Reichstag, von seiner Schwärmerei für die Silberwährung bekannt. Er ist ein Schwächer und deshalb noch unerträglich als der von ihm vertretene Herrscher von der Saar. Wie der sich räuspert und wie er spuckt, das hat Herr Arendt ihm aber glücklich abgeguckt und so fehlte es auch in seiner Rede nicht an Provokationen unserer Genossen. Nebenbei lief aber so viel Lächerliches unter, daß

während der „Silberrede“ auf der Linken fortgesetzt ausgelassenste Heiterkeit herrschte.

Die letzte große Rede hielt der freisinnige Lenzmann, der seinen guten Tag hatte und ein glänzendes Plaidoyer gegen die Vorlage hielt, die übrigens nur von einem Regierungsvertreter, dem Staatssekretär Lieberding, in seiner trockenen und matten Manier verteidigt worden war.

Den Schluß machte Liebermann v. Sonnenberg, der mit kaiserlichen Worten krebste, aber doch im Grunde auch gegen die Vorlage sich erklärte. Er stimmt aber mit den Konservativen für eine Kommissionsberatung.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowsky; später der Reichskanzler, Staatssekretär Lieberding, die Minister Dreifeld, Schönstedt und v. Hammerstein-Boytgen.

Eingegangen ist der Nachtragsetat über den Ankauf der Karolinen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ruft

Präsident Graf Ballestrem den Abg. Hebel wegen dessen Schlussworte: „Wird diese oder eine ähnliche Vorlage Gesetz, so greicht es Deutschland zur Schande und Schmach“ nachträglich zur Ordnung. (Bravo! rechts, Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Der Präsident bittet, jede Kritik seiner Worte zu unterlassen. (Abg. Singer: Wir riefen nur nach rechts herüber!) ... Jede Kritik! (Heiterkeit.)

Die erste Beratung der Zuchthausvorlage wird hierauf fortgesetzt.

Abg. v. Lebedow (konservativ):

Wir setzen in der Vorlage ein indirektes Mittel gegen das Anwachsen der Sozialdemokratie. Unmittelbar aber soll sie das natürliche Recht eines jeden Menschen auf Freiheit schützen und den Zwang verhindern. Das Koalitionsrecht darf nicht ausgeübt werden unter Androhung von moralisch und gesetzlich verwerflichen Mitteln (Sehr richtig! rechts), nicht durch Anwendung von Ehrverletzung und Berufsverurteilung. Im übrigen läßt die Vorlage das Koalitionsrecht ganz unberührt, sie will nur verhindern, daß man gezwungen wird, sich zu koalieren. Das steht ausdrücklich im § 1, auf den ich in der Generaldiskussion allein einging. Die Frage, ob die übrigen Bestimmungen der Vorlage abänderungsbedürftig sind, gehört in die Kommissionsberatung oder die zweite Lesung. Daß die bestehenden Gesetze nicht gegen den Streikterrorismus schützen, ist bewiesen. Der Widerstand weiter Kreise gegen die Vorlage kann ich mir nur so erklären, daß ihnen das Gesetz von vornherein durch Äußerungen, die hier und da gefallen sind, verleidet ist. Diese Äußerungen spiegeln sich aber im Gesetz nirgend wieder. An diese Stimmung der Wählermassen haben wir uns aber gar nicht zu kehren. Man hat gesagt, es sei viel dringender, die Koalitionsfreiheit zu vermehrern. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das bleibt jedoch dem Reichstag unbenommen und hat mit dieser Vorlage nichts zu thun. Wir stimmen mit dem Grundgedanken der Vorlage überein und beantragen, sie an eine Kommission von 28 Mitgliedern zu verweisen. (Bravo! rechts.)

Abgeordneter Dr. Lieber (Centrum):

Schaffung einer Koalitionsfreiheit.

Die Behauptung des Abg. v. Lebedow, daß die zahlreichen Fälle der Anwendung von Zwang bewiesen, daß die bisherigen Bestimmungen nicht ausreichen, hat denselben Wert, als wenn man behaupten wollte, daß die Zahl der Verurtheilten gegen das Reichsstrafgesetzbuch bewiesen, daß dessen Bestimmungen nicht ausreichen. Die Behauptung des Vorredners, die Ausdehnung der Koalitionsfreiheit hänge mit dieser Vorlage nicht zusammen, steht im Widerspruch mit dem Wortlaut der Vorlage, der Begründung und den Reden der Regierungsvertreter. (Sehr richtig! links.) Die Vorlage wird uns ja empfohlen, weil sie bestimmt sein soll, die Koalitionsfreiheit zur Wahrheit zu machen durch Schutz gegen den Koalitionszwang. Leider aber zählt diese Vorlage das Pferd beim Schwanz auf. (Große Heiterkeit.) Das ist der Grundgedanke unserer Kritik. Wir bedauern, daß man an Stelle des positiven Aufbaues nichts zu setzen weiß, als Repressalien. Wenn man die Koalitionsfreiheit schützen will, so muß die Koalitionsfreiheit zunächst wirklich da sein! (Sehr richtig! links.) Bis jetzt haben wir zu ihrem Schutze nur den § 152 der Gewerbeordnung. Die Bestimmungen dieses Paragraphen sind rein negativ; darauf kann sich ein großes Gemeinwesen nicht beschränken. Es muß positiv gesagt werden, was Rechtens ist. Der § 152 stellt die Koalitionsfreiheit durchaus nicht sicher. Es muß ganz bestimmt der Kreis der Personen und der sächlichen Vorgänge genannt werden, auf die die Koalitionsfreiheit sich beziehen soll und das fordern wir als etwas unerlässliches, wenn unsere Zustimmung verlangt wird, auf dem Boden des gemeinen Rechts gemeine Koalitionsfreiheit für alle, die dem deutschen Reichsrecht unterstehen für alle Zwecke, zu denen sich deutsche Staatsbürger vereinigen. (Bravo! links.) Wir verlangen die Koalitionsfreiheit für die Koalitionen unter einander und die Befreiung aller einzelstaatlichen oder reichsgesetzlichen Hindernisse, die ein solches Inverbinduntreten von Koalitionen verhindern. Das ist unsere alte Forderung der Rechtspersonalität für die Berufsvereine. Sie ist nicht erfüllt, kann von einem Schutz der Koalitionsfreiheit nicht die Rede sein. (Bravo! im Centrum.) Was nun die strafgesetzlichen Bestimmungen der Vorlage anlangt, so läßt sich nicht bestreiten, daß wir sie den Ausschreitungen der sozialdemokratischen Parteigänger zu verdanken haben. (Widerpruch und Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Das hören Sie nicht gern, aber unsere katholischen Arbeiter wissen, was sie unter dem Terrorismus der sozialdemokratischen Arbeiter zu leiden haben. Gegen diese Ausschreitungen aber hilft am besten die volle Sicherung der Koalitionsfreiheit. Erst wenn die Selbsthilfe der Organisationen nicht ausreicht, soll der Staat eingreifen, um Schutz gegen den Mißbrauch staatsbürgerlicher Rechte zu bieten. (Sehr richtig! im Centrum.)

Die Vorlage ein Ausnahmengesetz.

Die Vorlage treibt Länderbückeri: Man hat eine Lücke zu entdecken geglaubt, die ausgefüllt werden muß. Der § 153 der Gewerbeordnung ist ein Ausnahmengesetz der schlimmsten Art. Mit seiner Aufhebung und Ersetzung durch allgemein rechtliche Vorschriften wären wir durchaus einverstanden. Die Vorlage aber will ihn ersetzen durch ein neues, noch viel schlimmeres

Ausnahmengesetz. (Sehr richtig! links.) Zwar nimmt sie anfangs einen Anlauf, als komme sie zu einer allgemein gesetzlichen Regelung. Aber leider endet auch hier das schöne Weib in einem häßlichen Fischschwanz. (Heiterkeit.) Vor allem läßt man die landwirtschaftlichen Arbeiter auch weiterhin ganz außerhalb des Koalitionsrechts. Sehr bald zeigt sich auch die ungleiche Behandlung der Unternehmer und Arbeiter. Wir aber sagen: Gleiche Brüder, gleiche Kappen! (Sehr richtig! links.)

Unsere Rechtszustände.

Ein Gesetz ist sehr wohl denkbar, das zunächst die Koalitionsfreiheit in dem von mir umschriebenen weitesten Rahmen statuiert und sodann — aber nur unter dieser Bedingung — können wir die Notwendigkeit anerkennen, Mißbräuche einzudämmen und erwägen, ob die bestehenden Bestimmungen auch gegen Mißbräuche schützen. Alles aber nur auf dem Boden des allgemeinen Strafrechts. Angesichts der auch nach unserer Meinung nicht seltenen haarsträubenden Urteile auf Grund des § 153 der G.-O. und der einschlägigen Paragraphen des Strafgesetzbuches, angesichts der geradezu himmelschreienden Parteilichkeit, mit der dasselbe Vergehen auf der einen Seite auf das härteste, auf der andern auf das mildeste geahndet wird ... (Stille des Präsidenten)

Präf. Graf Ballestrem

ruft den Redner wegen der Anwendung des Ausdrucks: himmelschreiende Parteilichkeit auf die deutschen Gerichte zur Ordnung. (Große Heiterkeit.)

Abg. Lieber (fortfahrend)

... ich sage, angesichts dieser Zustände in unserm Rechtsweiser sind wir am allerwenigsten geneigt, noch Verschärfungen zuzustimmen. (Bravo! links.) Im Gegenteil, angesichts mancher Urteile haben wir allen Anlaß, die Bestimmungen zu mildern und einzuschränken. (Bravo! links.)

Was die regierende Partei befehlt.

Trotzdem schließe ich mich dem Wunsche des Herrn Hebel nicht an, sofort in die zweite Beratung des Gesetzes einzutreten. Wir glauben uns der ersten Pflicht nicht entziehen zu können, die einmal aufgeworfene Frage der Koalitionsfreiheit zu benutzen, um unsrerseits die Koalitionsfreiheit zur vollen Wahrheit zu machen. Wir erwarten, daß die Regierung in dem großen Zeitraum zwischen erster und zweiter Lesung noch einmal erwägen wird, ob sie wirklich bis jetzt nicht bloß halbe Arbeit geleistet hat. Ist die Koalitionsfreiheit in positivem Sinne geschaffen, dann werden wir auch daran gehen, ihre Mißbräuche zu beseitigen. Wir werden selbst versuchen, diesem Entwurf einen anderen gegenüberzustellen, der unser Streben ausdrückt. Dann warten wir ab, ob sich die Regierung nicht doch zu einer Vorlage in diesem Sinne entschließt, oder doch bereit ist, sich auf die von uns vorgeschlagene Regelung des Koalitionsrechtes einzulassen. (Lebhaftes Bravo links, bei den Nationalliberalen und im Centrum.)

Abg. Bassermann (natlib.)

Gegen Kommissionsberatung.

Der Reichskanzler hat sich gestern genundert, daß Parteien, die Vorlage verwerfen, die auf dem Boden der Monarchie und der gegenwärtigen Ordnung stehen. Wir sind überzeugte Monarchisten und überzeugte Anhänger der heutigen Gesellschaftsordnung. Trotzdem stehe ich heute hier, um gegen diese Vorlage einzutreten (Bravo! links) und mich auch gegen eine Kommissionsberatung zu erklären. (Bravo! links.)

In der Rede des Herrn Staatssekretärs trat statt der Begeisterung, die man bei einer so hochpolitischen Aktion hätte erwarten sollen, eine ziemliche Resignation zu Tage. (Sehr gut!) Vielleicht liegen im sozialpolitischen Berzen des Herrn Staatssekretärs einige leise Zweifel auf, ob diese Vorlage dem sozialen Frieden diene.

Herr v. Lebedow scheint den § 1 für den Kernpunkt des Gesetzes zu halten; das ist falsch, in den folgenden Paragraphen liegt der Schwerpunkt. Auch wir erkennen an, daß das Koalitionsrecht unter Umständen zu Ausschreitungen führen kann. Allein die Frage ist nur, ob die bestehenden Nachmittel nicht schon genügen. Bei der Beratung dieses Entwurfs haben wir geprüft, ob dadurch das Koalitionsrecht angefaßt wird, ob Gerechtigkeit waltet haben und dräben, und ob die vorgeschlagenen Bestimmungen wirklich wirksame Waffen darstellen. Diese Prüfung ergab für mich ein der Vorlage ungünstiges Resultat. (Bravo!)

Förderung der Sozialdemokratie.

Jede Maßregel, wie diese hier, muß das Solidaritätsgefühl der Arbeiter noch weiter ausbilden, und darin liegt die Gefahr, daß neue Massen der Sozialdemokratie zuströmen. Dadurch muß auch das monarchische Gefühl der jetzt noch abseits stehenden Arbeiter leiden. Wir sollten, wie Herr von Bismarck bei der Beratung der Umstrukturierungsvorlage sagte, der Sozialdemokratie das Wasser abgraben; durch solche Maßregeln leiten wir ihr nur neue Wassermassen zu. In meiner Fraktion giebt es eine ganze Reihe von Arbeitgebern, und gerade diese haben sich auf den Standpunkt gestellt, daß ein solches Gesetz nichts nützen, sondern höchstens das gute Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern stören könne. Wir treten jetzt in die Phase der Arbeitgeberkoalitionen. Diese sind ohnehin mächtiger als die Arbeiterverbände. Macht steht gegen Macht, und der Stärkere wird siegen. Dieser Zeitpunkt ist daher doch wirklich ungeeignet zur Schaffung eines solchen Gesetzes.

Bei diesem Gesetz ist die einzige Partei, die eine reine Freude empfindet, die Sozialdemokratie. (Heiterkeit.) Sie war so schon auf dem Wege innerer Differenzen; die Bernstein, Schippel usw. brachten alles so schön in Verwirrung. Und nun, wo die Säulen der Sozialdemokratie zu wackeln beginnen, wo ihre Säule leerer und leerer werden, da kommt dieses Gesetz, und mit einem Male füllen sich wieder die Säule. (Heiterkeit.) Aber das vollzieht sich bei uns mit einer gewissen Regelmäßigkeit. (Heiterkeit.) Genau so war es bei der Umstrukturierungsvorlage. Aus der ganzen Geschichte wird schließlich nichts, nur der Sozialdemokratie ist neuer Agitationsstoff geliefert.

Wollte man jetzt die Sache zum Klappen bringen und den Reichstag auflösen, dann würde man sonderbare Ergebnisse erleben. Die Parole würde dann lauten: Für oder gegen das Koalitionsrecht! In diesem Kampfe aber wird die Regierung nicht nur die Arbeiterschaft gegen sich haben, sondern auch ganze Kreise unserer

Bürgerlums, die bereit sind, den letzten Mann für das Meer, das letzte Schiff für die Marine zu bewilligen. Und ist es wirklich richtig, ein so reiches Kapital von Kaiser- und Königsstreue, wie es in der Arbeiterschaft noch vorhanden ist, aufs Spiel zu setzen?

Vom juristischen Standpunkt.

Was Herr Nieberding bezüglich der christlichen Arbeiter gesagt hat, kann ich nur unterstreichen. Was die juristische Seite der Vorlage betrifft, so dürften die Urteile der Fachgelehrten in ihrer Mehrzahl sehr ungünstig für den Entwurf lauten. Die Juristen, mit denen ich darüber gesprochen, darunter Staatsanwälte in Industriebezirken (Hört, hört!) meinten, mit neuen Kaufschuldbestimmungen sei der deutschen Rechtspflege wenig gedient; sie habe gerade genug an den alten. (Hört, hört!) Das Strafmaß hat schon bisher häufig in den weitesten Kreisen Kopfschütteln erregt. Ich erinnere Sie nur an den **Löbtauer Fall**: ich halte da das Strafmaß für ganz ungenügend. (Hört, hört! Bravo! links.)

Die Denkschrift.

Was nun die Denkschrift anlangt, so muß ich sagen, daß durch sie die Ausschüßten der Vorlage nicht eben verbessert worden sind. (Heiterkeit und Beifall.) Es besteht gar keine Frage, daß die **Machtmittel des Staates durchaus genügen, um etwaige Streikaktionen zu bewältigen**; nötigenfalls mit Herrn von Bronsart's berühmter Feuerprobe. (Heiterkeit.) Ich habe den Eindruck, als ob man die Angaben der Denkschrift ausschließlich bei Staatsanwälten und Polizeibehörden gesammelt habe. Hätte man sich auch an andere Kreise gewandt, so hätte die Sache ein anderes Aussehen gewonnen. Es ist ausdrücklich von der Regierung anerkannt worden, daß die eigentlich wirksame Art, Arbeiter zum Einsteigen in die Koalitionen zu bewegen, von der Gesetzgebung nicht getroffen werden kann. Auch wenn das Gesetz in Kraft treten sollte, würde es den Arbeitern noch immer freistehen, zu erklären, mit dem und dem arbeiten wir nicht zusammen. Entsprechend bleiben die schwarzen Listen der Unternehmer straflos. Die Folge ist, daß der Kluge, der Vorsichtige auch in Zukunft straflos bleibt, der Dumme oder der Heißblütige fällt herein und wandert ins Gefängnis.

Die Strafbestimmungen.

Nur wenige Worte über die Strafbestimmungen: § 3, der sog. Agitatorenparagraph, bedroht Politiker, Arbeitersekretäre u. a., aber nicht bloß diese. Es würde mir z. B. sehr leicht sein, danach auch gegen gewisse Generalsekretäre des „Centralverbandes deutscher Industrieller“ die Anklage zu formulieren. (Sehr richtig! und große Heiterkeit links.) Wenn man das Streikpostenwesen verbietet, dann müßte man konsequent das Streiken überhaupt verbieten.

Spaltung der Nationalliberalen.

Aus allen diesen Erwägungen heraus bin ich im Namen des größeren Teils meiner Freunde für Ablehnung des Gesetzes. Ein Teil meiner Freunde indessen wird für Kommissionsberatung eintreten. Ich kann nur bedauern, daß die Regierung diese Vorlage eingebracht hat, machen wir durch Ablehnung den Schaden, so weit es an uns liegt, wieder gut! (Lebhafte Beifall links.)

Staatssekretär des Reichsjustizamts Nieberding.

Gegen die Sozialdemokratie.

Es ist hier viel Böses über die Denkschrift gesagt worden. Diese ist Ihnen aber nicht vorgelegt worden zur Begründung der Vorlage (Abg. Hebel: nein, gegen die Begründung! Große Heiterkeit) sie soll Ihnen nur ein allgemeines Bild der Arbeiterbewegung geben. (Wachen links. Auf: sie gibt ein ganz unwahres Bild!) Ich erkenne an, daß die Vorlage ganz überiegend die Arbeiterwelt trifft. In einigen Punkten trifft sie aber zweifellos auch die Unternehmer. Die Bewegung der Arbeiter auf Verbesserung ihrer Lebenshaltung ist durchaus berechtigt. Die Sozialdemokratie hat aber das Bestreben, alle anderen Organisationen unter ihr Szepter zu biegen, keine andere religiöse oder wirtschaftliche Organisation ausgenommen zu lassen. (Abg. Singer: Das sagt die Denkschrift!) Weiter will die Sozialdemokratie, daß alle Arbeiter zu ihren Kassen flüchten. Diese Tendenzen haben sich in einer Weise ausgelebt, daß sie nicht nur dem öffentlichen Rechtsbewußtsein ins Gesicht schlagen, sondern auch das Gemeinwohl gefährden. Wenn es jetzt dem hohen Hause nicht gefällt, diese Tendenzen einzudämmen, so werden spätere schlimmere Maßregeln notwendig sein. Prüfen Sie die einzelnen Bestimmungen der Vorlage, das Urteil wird dann günstiger ausfallen. (Beifall rechts.)

Abg. Arendt (freisonf.).

Kein Ausnahmegesetz.

Wir bedauern es sehr, daß die Nationalliberalen, mit denen wir in sozialpolitischen Dingen sonst immer zusammen gingen, ihre Haltung geändert haben. (Auf links: Die haben eben etwas gelernt. Heiterkeit.) Wenn in Arbeiterkreisen eine Bewegung gegen das Gesetz vorhanden ist, so beruht das darauf, daß die Arbeiter die Vorlage nicht kennen. (Stürmisches Gelächter links.) Mit dem Sinn gegen sozialdemokratische Annahmen muß doch jeder Sozialdemokrat einverstanden sein. Das Gesetz ist eben nicht, wie Herr Hebel meint, ein Ausnahmegesetz, sondern bewegt sich völlig auf gemeinrechtlichem Boden. Wenn in dem Gesetzentwurf eine Verletzung der Koalitionsfreiheit liegt, meine politischen Freunde würden förmlich dagegen sein. (Große Heiterkeit links.) Es sind aber von den Liberalen Kampfmittel angewandt worden, die niemand gutheißen kann. Die Vorlage schadet den Arbeitern, der heute zehntausend seine jetzt erworbenen Großgüter der sozialdemokratischen Organisation geben muß. (Hört, hört!)

Herr mit dem Ausnahmegesetz.

Heute giebt es nur zwei Weltanschauungen: die der Ordnungspartei und die der Umstürzler. Die Regierung hat leider bis jetzt unbedingte zugegeben, wie die Sozialdemokratie einen Staat im Staate bilden. Es ist die höchste Zeit, daß man energische Maßregeln ergreift. Daß man das Sozialistengesetz fallen ließ, das war ein noch viel verhängnisvollerer Fehler als die gegenwärtige Handelspolitik. (Schallende Heiterkeit.) Die Sozialdemokratie nimmt der Arbeiterschaft den Lebenshaushalt, die Vaterlandsliebe und die Religion. Sie ist die einzige arbeitserneuernde Kraft im Reichstage. (Wachen.) Im sozialdemokratischen Zentralkomitee wird es doch sicher keine Koalitionsfreiheit geben. (Wachen.) Unsern Kampf muß daher lauten: Für die Arbeiter alles, aber auch alles gegen die Sozialdemokratie! (Bravo! rechts. Stürmisches Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Leuzmann (frei. Sp.).

Die alte Geschichte.

Es wäre mir lieber gewesen, wenn Herr Arendt heute für die Koalitionsfreiheit eingetreten wäre, denn weder in Silber, Schmalzer's noch in Gold. (Große Heiterkeit.) Ich wende mich nun von dem Herrn Leuzmann zur Sache. (Heiterkeit.) Es ist eine unverständliche Tatsache, daß die Koalitionsfreiheit der Sozialistengesetzgebung von allen Parteien anerkannt wird, und auch von der Regierung, wenn bei dieser die Rede auf die rechtsgemäße ist. Denn es ist doch allgemein bekannt, daß die Verneinung der Koalitionsfreiheit in den letzten 30 Jahren in jedem Jahr einen neuen Kampf gegen die Koalitionsfreiheit auszulösen haben. (Sehr gut.) Herr Leuzmann hat schon darauf hingewiesen, daß auch diese Vorlage ein Ausnahmegesetz bedeutet. Das beweist ja auch ihre Sprache. Ich will nicht darauf hinweisen, wie weit sie von dem Willen des Reichstages abweicht. Ich will nur sagen, daß die Vorlage keinen Zweifel über die Absicht der Regierung, die Koalitionsfreiheit zu beseitigen, enthält. Sie zeigt, daß Siecht und Schelten sehr ungünstig beurteilt sind. Ich will sagen, daß ein ganz ähnlicher Abzug in dem Gesetz auch die Arbeiter trifft. Aber wegen dieses unglücklichen Kampfes kann wir das Gesetz nicht annehmen.

Mit zerrissenem Net.

Warum ist die Gesetzgebung, hat die Arbeiter wegen Sozialdemokratie in ihrer Bewegung nicht lieber strecken gegen den Unternehmerradikalismus, wie es in den uns gegenüberliegenden Ländern zu geschehen ist? (Sehr richtig! links.) Aber die schwarzen Listen hat Herr Nieberding eine Kapitulation anerkannt, die seinen guten Gegenüber macht, aber der Sozialdemokratie nicht entspricht. Die Vorlage

ermutigt geradezu zu schwarzen Listen; es hätte ausdrücklich darin stehen können: schwarze Listen sind gestattet; die Gleichstellung von Boykotts und schwarzen Listen ist grundsätzliche. Daß wir es hier mit einem Ausnahmegesetz, schlimmsten Geures zu tun haben, dafür ist schon bezeichnend, daß der „unmoralische Zwang“ auf das Gebiet der Koalition beschränkt wirkt; in der Politik bleiben Vernehmungen, bleibt die Brutalität der größten Art straflos. (Sehr richtig! links.)

Die Denkschrift.

Weder Motive, noch Denkschrift, noch die Reden der Herren Regierungsvorleser haben auch nur das Minimum eines Beweises dafür erbracht, daß Ausnahmegesetze existieren, die eine Ausnahmegesetzgebung erfordern. Wenn Herr Nieberding sagt, die Denkschrift soll gar nicht beweisen, sondern nur ein Gesamtbild geben, so beweist er damit, daß er erkannt hat, mit der Denkschrift nichts beweisen zu können. (Stürmische Heiterkeit.) Die Denkschrift erregt, so schrieb ein nationalliberales Blatt mit Recht, nur ein mittelbares Bild. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In Täuschungen ist die Denkschrift überaus reich. Schon die Ueberschrift ist eine solche; sie sollte lauten: Gesetz zum einseitigen Schutze des Arbeitgebers. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hebel hat ganz Recht: seit der Umsturzvorlage hat kein Gesetzentwurf so die allgemeine Entrüstung erregt, wie dieser! Denken Sie an die ungezählten Volksversammlungen, welche gegen die Vorlage protestiert haben. Natürlich sagt die Regierung: das ist sozialdemokratische Propaganda. Nun, auch nichtsozialdemokratische Kreise haben sich gegen die Vorlage erklärt: denken Sie an die Kundgebung der Arbeitgeber-Vertreter am Berliner Gewerbegericht! Daß also weite Kreise des Volkes ein solches Gesetz wünschen, ist Täuschung. Täuschung ist das gesamte Material der Denkschrift: nicht die Geheimräte, die sie ausgearbeitet, sind schuld daran — als Repräsentanten würde ich ihnen meine Anerkennung für die fleißige Arbeit ausdrücken — sondern die Leute, von denen die Informationen eingezogen haben, als da sind: Staatsanwälte, Polizeibehörden, Landräte. Da beklagt sich ein Staatsanwalt über die geringe Zahl Verhaftungen, die in seinem Amtsbezirk vorgefallen sind. Ich fühle das Bedauern nach, für besonders geeignet zur Information kann ich ihn aber nicht halten. (Sehr richtig! links.) Nicht einmal die Arbeitgeber, geschweige denn die Arbeiter sind befragt worden. Die Herren von der Regierung werden sagen: die Arbeiter haben keine Organisation — nun, warum sträuben Sie sich gegen Arbeiterkammern? (Sehr gut!) Aus der getragenen Rede des Grafen Posadowsky habe ich entnommen, daß ihm die Vorlage doch nicht so recht ans Herz gewachsen ist; in der Seele weh hat es mir getan, daß Herr Nieberding sich zum Fürsprecher des Entwurfs gemacht hat — ich dachte erst, das Reichsjustizamt sei unschuldig an der Leistung des Reichspolizeiamts. (Heiterkeit.) Was die Gutachten der Handelskammern betrifft, so imponieren mir dieselben eben nicht. Der Verfasser des Harburger Gutachtens, worin über die gelinden von den Gerichtshöfen verhängten Strafen Klage geführt wird, kann sich freuen, daß er kein Reichstagsabgeordneter ist, sonst wäre er sicher wegen Beleidigung der Gerichtshöfe zur Ordnung gerufen worden. (Heiterkeit.) Die Altonaer Handelskammer, welche rundweg Suspension des Versammlungsrechtes während eines Streiks fordert (Hört, hört!) kann um Objektivität keinen Anspruch machen. Ich komme jetzt auf die Statistik der angeführten Fälle zu sprechen. Ein und derselbe Fall, ja eine ganze Reihe von Fällen kehren in der Denkschrift in allen Kapiteln wieder, so daß man, will man die richtige Zahl der Fälle herausbekommen, die Gesamtzahl durch die Zahl der Kapitel der Denkschrift dividieren muß. (Heiterkeit.) Wie mancher lieber, alter Bekannter ist mir auf 20 Seiten begegnet. (Heiterkeit.) Bei allen Fällen ist nie die Entstehung angeführt, die man zur Beurteilung doch kennen muß! Das gilt z. B. für den **Vorgelower Fall**, wo in der Denkschrift die Zahl der Freigeprochenen nicht erwähnt wird. (Hört! hört! links.) Ebenso wird verschwiegen, daß die Hauptursache des Streiks das Vorgehen der Arbeitgeber war, die sich einen offensibaren Vortruch haben zu schulden kommen lassen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich bin oft Zeitsieger in Streikprozessen gewesen und kann bezeugen, daß die Arbeitgeber sehr häufig der schuldigere Teil sind. (Hört! hört!) Hebel hat Recht: die Arbeiter sind sehr wenig geneigt, leichtsinnig in den Streik zu treten; sie beureiten weiß lieber von ihrer Arbeit als aus der Streikkasse ihren Unterhalt. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Es ist unerhört, unsere deutschen Durchschnittsarbeiter mit arbeitslosen Lumpen in eine Reihe zu stellen. (Lebhafte Bravo! links.) Neue Maßregeln werden verlangt: ist Ihnen (nach rechts) denn das **Löbtauer Urteil** noch nicht hart genug? (Bravo! links.) Ueber die Beschimpfungen der armen Arbeitswilligen durch die Streiter sagt die Denkschrift, und fesselt ein ganzes Verzeichnis solcher Kränkelsprüche an. Aber bedenken Sie gütigst, daß Ausbrüche wie „Landsub“ ja auch von Herrenhausmitgliedern nicht verschmäht werden. (Große Heiterkeit.) Die Vorlage sieht Geldpreise vor, wohl weil sich das Gesetz auch mit Unternehmern beschäftigen will. (Unruhe rechts.) — Die Bestimmung „geschäftsmäßig“ im Agitatorenparagraph ist neuer Kaufschuldb. In den Motiven wird auf die Gefahr anderer Länder hingewiesen. Aber Gefahr wirken anders in der freien Schweiz, als im unfreien Deutschland. Der § 7 des englischen Verschönerungsgesetzes kann nach der Entstehung des englischen Drogengesetzes nur angewandt werden, wenn Gewaltthätigkeiten vorfallen. Lassen Sie sich einpausen mit ihrer Kenntnis der englischen Justiz, Herr Staatssekretär! (Heiterkeit.) Die **Arbeitswilligen genießen ein Aufgehörprivilegium**. Wie verhält sich die Bevorzugung dieser edlen Elemente vor ausländischen Jährling mit dem Gottesgnadenamt? (Große Heiterkeit.) Ueber den **Zuchthausparagraph** will ich nicht viel Worte verlieren. Er ist wohl nur gegeben, um den Namen Zuchthausvorlage, den das Volk dem Gesetze gegeben hat, zu rechtfertigen. (Heiterkeit.) Die Strafe ist bis zu 5 Jahren Zuchthaus festgesetzt, um die Strafgesetze der Jurisdiktion der Schwurgerichte zu entziehen. In aufgezählten Fällen sind freilich auch die Schwurgerichte nicht ganz einverstanden. —

Weg mit der Vorlage.

Die Patrone des Grafen Posadowsky haben sich wirklich als **Blasphemisten** erwiesen. Nur eine solche Patrone hat er verschossen, das war der Appell an den Mut des Bürgerthums. Diese Patrone hat aber ihr Ziel erreicht. Das Bürgerthum wird den Mut haben, ein solches Gesetz a limine zurückzuweisen **ohne Schamensschreien zum Trotz**. (Lebhafte Beifall links und stürmisches Bravo.)

Abg. Siebermann v. Sonnenberg (Antisemit)

Ich habe schon früher meine Freunde gegen das Gesetz. Zunächst muß das Koalitionsrecht völlig aufgehoben sein, ehe von der Befreiung des Reichstages die Rede sein kann. Doch können meine politischen Freunde für Kommissionsberatung eintreten. Dieser wird ein Verlesungsantrag angenommen. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Dritte Lesung des Handelsministerentwurfs.) Erste Lesung des zweiten Kaufschuldbet. Fortsetzung der Beratung der Zuchthausvorlage. Nachfragen. Schluß 6½ Uhr.

Der Aufbruch der „Lumperei“.

Der **Karolinenvertrag** ist am Dienstag dem Reichstage vorgegangen. Die Regierungsvorlage fordert **17 215 000 Mark** in einem Nachtragsetat.

Dem Gesetzentwurf ist eine Denkschrift beigegeben, welche die **Marianen** als alte christliches Kolonialland bezeichnet und rüht, auf der Marianeninsel **Uniona** werde „Bichnung in größerem Stil“ seit vielen Jahren betrieben. Während von dem Karolinenarchipel gerühmt wird, daß er von **Störmen** nur selten heimgesucht werde, heißt es von den **Marianen**, daß diese Inselgruppe vom **deutschen Handel** bisher vernachlässigt worden

aus Besorgnis vor den die Inseln von Zeit zu Zeit verheerenden Stürmen. Die Denkschrift tröstet indessen damit, daß auch für die **Tibchi-Inseln**, die **Tongo-Inseln** und **Samoa** die gleiche Sturmgefahr bestehe. Der **Mißerfolg** der **Salutgesellschaft** auf den **Karolinen** wird in der Denkschrift offen zugegeben, aber mit der Unsicherheit der politischen Verhältnisse begründet. Infolge dessen habe die **Salutgesellschaft** darauf verzichten müssen, auf den größeren **Karolineninseln** tropischen Plantagenbau betreiben zu lassen. Die Denkschrift vertritt indessen für die Zukunft mit der „ausgesprochenen Absicht“ der **Salutgesellschaft**, dem **Plan**, auch **Plantagenbau** auf den größeren Inseln zu treiben, „sofort näher zu treten“ sobald das Inselgebiet thatsächlich in den Besitz Deutschlands übergegangen sei. Die **Salutgesellschaft** gedenke, kleinere **Kolonialgesellschaften** mit möglichem **Kapitale** für **Plantagenbau** auf den am geeignetsten scheinenden Inseln, wie **Kusaie**, **Ponapé**, **Rud** und in der **Palaugruppe**, zu gründen und einzelnen deutschen **Anstieblern** Gelegenheit zur **Niederlassung** und **Plantagenbetrieb** daselbst zu geben.

Großartig spricht die Denkschrift von einer Einbeziehung der **Karolinen** in den **australischen Weltverkehr**. Der **Norddeutsche Lloyd** in **Bremen** habe sich bereits mit **Entwürfen** zur **Verwirklichung** dieses Gedankens beschäftigt. — Es steht also, bemerkt die **Freisinnige Zeitung**, auch noch die **Forderung einer Reichssubvention für Dampferlinien** nach dieser Inselgruppe in **Aussicht**. Zum **Schluß** spricht die Denkschrift das **große Wort** aus: „**Vom Standpunkte unserer politischen, wirtschaftlichen und maritimen Interessen** erscheint die **Erwerbung** der **Inselgruppen** für uns **gleich nützlich und notwendig**.“ Die **erforderliche** **Geldauszahlung** setzt sich zusammen aus einer **außerordentlichen** **Ausgabe** von **16 750 000 Mark** (25 Millionen Pesetas) als **Kaufpreis** an **Spanien** und einer **ordentlichen** **Ausgabe** im **Etat** der **Kolonialverwaltung** von **465 000 Mark** als **Zuschuß** zur **Befreiung** der **Ausgaben** für die **Verwaltung** der **Inseln**. Von diesen sind **355 000 Mark** **einmalige** **Ausgaben**. Die **fortdauernden** **Jahresausgaben** für die **nächsten** **Jahre** sind auf **220 000 Mark** **veranschlagt**, von denen für das **laufende** **Jahr** die **Hälfte** mit **110 000 Mark** **gefordert** wird.

Die **Inselgruppen** waren unter **spanischer** **Herrschaft** in **drei** **von einander abhängige** **Verwaltungsbezirke** eingeteilt. An dieser Einteilung soll festgehalten werden mit der **einen** **Änderung**, daß in dem **Marianenbezirk** an **Stelle** der **jetzt** **amerikanischen** **Insel** **Guam** die **Insel** **Saipan** zum **Sitz** der **deutschen** **Regierung** **bestimmt** wird. Die **drei** **Verwaltungsbezirke** sollen dem **Gouverneur** von **Neuguinea** **unterstellt** werden, welcher die **Funktion** eines **Oberrichters** für die **gesamte** **Inselgruppe** **erhalten** soll. Dem **Karolinenbezirk** in **Ponapé** sollen außer dem **leitenden** **Beamten** ein **Arzt**, ein **Sekretär** und ein **Polizeimeister**, der **zugleich** **Lotse** und **Unterbeamter** für eine **Reihe** **anderweiter** **Funktionen** **sein** soll, **zugeteilt** werden. Die **Organisation** in **Yap** soll **ähnlich** **sein**, nur **werde** **dort** **an** **Stelle** **des** **Arztes** ein **Lazarettgehilfe** **genügen** und für den **Bezirk** **Saipan** ein **leitender** **Beamter** und **zwei** **Unterbeamte** (**Lotse** und **Lazarettgehilfe**).

Es besteht die **Absicht**, die **Karolinenvorlage** am **Mittwoch** in **erster** **Lesung** zu **erledigen** und an die **Budgetkommission** zu **überweisen**. Diese wird am **Mittwoch** **abend** die **Vorlage** **beraten** und am **Donnerstag** soll dann im **Reichstage** die **Karolinenvorlage** in **zweiter** und **dritter** **Lesung** **verabschiedet** werden.

Die **spanische** **Deputiertenkammer** hat den **Vertrag** am **Montag** in **zwei** **Lesungen** **genehmigt**. Gegen die **Gebietsabtretung** wurde nur von **Piy Margal** **Einspruch** **erhoben**: man hätte die **Unabhängigkeit** der **Karolinen**, **Marianen** und **Palau-Inseln** **proklamieren** und sie **selber** **überlassen** **sollen**, denn man dürfe ein **Volk** **nicht** **verkaufen**. Im **übrigen** wurden nur die **angeblich** **Deutschland** **gewährten** **kommerziellen** **Vorteile** von **einigen** **Abgeordneten** **beanstandet**. Diesen **Einwand** **schneidet** der **Finanzminister** **ab** **durch** **den** **Hinweis**, daß der **Vertrag** der **Kammer** **ja** **nicht** **vorgelegt** **sei**, um **über** **Tarifgegenstände** zu **verhandeln**, sondern zur **Beratung** über eine **Gebietsabtretung**. Der **Ministerpräsident** **Silvela** **gab** die **Erklärung** **ab**, daß in dem **Vertrag** **keine** **geheime** **Klauseln** **enthalten** **seien**. Auf die **Frage**, ob dies der **letzte** **Gebietsverkauf** **sei**, den **Spanien** **beschließen** **werde**, **erwiderte** **Ministerpräsident** **Silvela** **in** **bestätigendem** **Sinne**. —

Nachrichten aus dem Auslande.

In **Frankreich** ist es auch **Waldeck-Rousseau** **nicht** **geglückt**, ein **Ministerium** **zusammen** **zu** **bringen**. Nun soll **Herr** **Bourgeois** **aus** **dem** **Haag** **helfen**. Die **Reaktionäre** **jubeln**. Die **Lage** **wird** **für** **recht** **kritisch** **gehalten**. — Wie das **Journal** **aus** **Reims** **meldet**, **veranlaßt** die **bevorstehende** **Ankunft** **Dreyfus** **dort** **einen** **großen** **Fremdenzufluß**. **Alle** **Hotels** **sind** **überfüllt**. Es **sind** **umfangreiche** **Maßregeln** **getroffen**, um **Kundgebungen** **zu** **verhindern**. Der **Figaro** **meldet** **aus** **Brest**, **Dreyfus** **werde** **wahrscheinlich** **in** **St. Malo** **gelandet** **werden**. Die **Dreyfus** **betreffenden** **Aktenstücke** **sind** **in** **Reims** **eingetroffen**. Da der **Saal**, in welchem die **Verhandlungen** **des** **Kriegsgerichts** **stattfinden** **werden** **an** **das** **Militärgefängnis** **grenzt**, **wird** **eine** **Thür** **in** **die** **Verbindungsmauer** **gebrochen**, **damit** **Dreyfus** **auf** **seinem** **Gange** **zum** **Verhandlungssaal** **die** **Straße** **nicht** **zu** **betreten** **braucht**.

Bei der **Erstwahl** **zum** **englischen** **Unterhause** **ir** **South-Edinburgh** **für** **den** **verstorbenen** **Unionisten** **Cox** **wurde** **Dewar** **(radikal)** **mit** **5820** **Stimmen** **gegen** **General** **Wauchope** **(konservativ)**, **der** **4989** **Stimmen** **erhielt**, **gewählt**. —

Bei der **Erstwahl** **in** **dem** **zweiten** **Kongresswahlbezirke** **des** **Staates** **Maine**, **Vereinigte** **Staaten**, **an** **Stelle** **Dingleys** **wurde** **der** **Republikaner** **Littlefield** **gewählt**. —

Parlamentarische Nachrichten.

Das **Abgeordnetenhaus** **beschäftigte** **sich** **am** **Dienstag** **mit** **der** **ersten** **Lesung** **der** **Charfreitagsvorlage**. **Kulturminister** **Dr. Dörfle** **wandte** **sich** **gegen** **die** **Herrenhaus-**

Beschlüsse. Daß die Regierung nicht im Herrenhaus selbst gleich Stellung gegen den Antrag Graf Pfeil genommen habe, suchte der Minister aus einer Neugierlichkeit, nämlich dem schnellen Gang der Verhandlungen zu erklären, der es dem Regierungsvorsteher unmöglich gemacht hätte, in die Debatte einzugreifen. Das Centrum ließ durch den Abgeordneten Dr. Dietrich für Wiederherstellung der Kommissions-Beschlüsse des Herrenhauses plaidieren. Allseitig wurde der Hoffnung auf Verständigung Ausdruck gegeben. Die zweite Beratung wird gleich im Plenum stattfinden. Am Mittwoch stehen auf der Tagesordnung die zweite Beratung der Vorlage betreffend die Pensionierung älterer Richter, die zweite Beratung des Nachtragssetats und kleinere Sachen.

Im Abgeordnetenhaus beabsichtigt der Präsident am Freitag keine Sitzung abzuhalten, um der Kanalkommission Zeit für ihre Beratungen zu gewähren. Am nächsten Montag gedenkt der Präsident mit dem Hause in die Beratung des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche einzutreten und in rascher Folge die Beratung dieses sowie der anderen am 1. Januar l. J. in Kraft zu tretenden Justizgesetze zu fördern, so daß voraussichtlich in den ersten Tagen des Juli eine Pause in den Sitzungen des Abgeordnetenhauses wird eintreten können.

Nachrichten aus Magdeburg.

Genosse Gärtner ist in Sachen der Krefelder Weber wegen angeblicher Veranlassung einer nicht genehmigten Kollekte mit einem zweiten Strafmandat von 25 Mark bedacht worden. Er wird Widerspruch erheben, da er schon einmal in derselben Sache 50 Mark bezahllen sollte, die vom Gericht auf die Hälfte herabgesetzt wurden. Die eine Neußerung hat Gärtner im Luisenpark, die andere in einer Versammlung in Friedrichslust gesehen. Wenige Tage nach der letzteren war der Streit beendet.

Der preussische Kultusminister hat den auch von uns besprochenen Erlaß gegen das Prügeln in der Schule, der von der gesamten reaktionären Presse so vielfach angegriffen wurde, den Provinzial-Schulkollegien mit folgendem Aufschreiben überliefert:

Abstrich erhält das königl. Provinzial-Schulkollegium mit dem Veranlasser, die Seminar-Direktoren seines Bezirkes zu beauftragen, in entsprechender Weise die Seminaristen im pädagogischen Unterrichte und in der Thätigkeit in der Leitung der Schulen zu richtiger Handhabung der Schulzeit eingehend anzuleiten und insbesondere auch von vornherein anzuweisen, grundsätzlich die Anwendung von Bückigungen zu vermeiden und gute Tucht durch angemessene unterrichtliche und erzieherische Einwirkung zu erzielen. Es muß zugleich dabei vorausgesetzt werden, daß hierin die Lehrer des Seminars und besonders die Ordinarien der Leitungsschule den Seminaristen mit gutem Vorbilde dienen. Sollten einzelne Lehrer, namentlich aber Ordinarien der Schule, dagegen fehlen und durch Neigung zu zu Bückigen den Seminaristen ein für ihre weitere amtliche Thätigkeit schädliches Beispiel geben, so ist ernstlich dagegen einzuschreiten, erforderlichenfalls solchen Lehrern die Thätigkeit in der Leitungsschule zu entziehen; insbesondere ist event. das Ordinariat der Schule einem anderen Lehrer zu übertragen. Hoffentlich geben unsere Behörden künftig auch gegen andere Missethäter der Prügelpädagogik, das Prügeln in den Buchstaben (Fall Graf-Herne) in den Kolonien (Fälle Leist, Wehlan, Peters) usw. recht energisch vor.

Die ersten Probefahrten der elektrischen Bahn fanden am Montag morgen von 4-6 Uhr auf der Strecke Westfriedhof-Abelsberg statt. Es waren zwei Wagen in Betrieb gesetzt. Außer den technischen Leitern waren auch einige Direktionsmitglieder zugegen. Die Fahrten gingen in bester Weise von statten. Die Anlage bewährte sich vortrefflich und besondere Störungen kamen nicht vor. Die Probefahrten werden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Nach dem Kyffhäuser wird wieder ein Extrazug am nächsten Sonntag, den 25. d. Mts., verkehren, zu welchem außer in Magdeburg S. auch in Magdeburg-Budau, Westerbüßen, Schönebeck, Elmen-Salze, Förderstedt, Staßfurt und Güstrow dreitägige Rückfahrkarten 2. und 3. Klasse zum einfachen Personenzugfahrpreis nach Berga-Kelbra ausgegeben werden. Abfahrt von Magdeburg S. 6.50 vorm., Magdeburg-Budau 6.58, Westerbüßen 7.05. Rückfahrt von Berga-Kelbra 6.50. Zur Rückfahrt gelten die Fahrkarten am 25. Juni nur mit dem Sonderzuge, am 26. und 27. Juni mit allen fahrplanmäßigen Personenzügen unter Ausschluß der Schnellzüge. Der Fahrkartenerwerb beginnt am 23. und wird am 24. Juni, mittags 12 Uhr, geschlossen. Ein weiterer Sonderzug von Magdeburg nach dem Kyffhäuser wird noch am 16. Juli fahren.

Preis-Ausschreiben. Die Firma H. Rose schrieb unter den Mitgliefern des Künstlervereins St. Lucas einen Wettbewerb aus zur Erlangung künstlerischer Entwürfe für ein Fahrradplakat. Die eingegangenen Entwürfe sind in dem Schaufenster des Geschäftstotals der Firma H. Rose, Breiteweg 264, auf kurze Zeit ausgestellt. Mit Preisen ausgezeichnet wurden die Entwürfe der Herren Maler v. Pleßsen, Hartkopf, Scheel und Wilde.

Zunfolge eines Schlaganfalles verstorben ist in der ersten Volksschule der Neuen Neuland am Dienstag morgen kurz nach 7 Uhr der Schüler Ernst Schulz. Der verstorbene Knabe ist nach Aussage von Mitschülern schon krank nach der Schule gekommen und soll sich an Wunden festgehalten haben, um nach seinem Platz zu gelangen. Beim Morgengebet blieb er sitzen, und als man ihn dann aufrichtete, folgte Erbrechen; er sagte auf Fragen, daß er Schmerzen im Hinterkopf habe. Er wurde in ein leerstehendes Zimmer auf eine Matratze gelegt und ein Arzt geholt; die Eltern wurden benachrichtigt. Der Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. Die Eltern erklärten, der Knabe sei schon in der Nacht krank gewesen; sie mußten früh zur Arbeit, sonst hätten sie den Knaben vom Besuch der Schule zurückgehalten. Die Schwester teilte mit, daß ihr Bruder gestern nachmittag beim Spielen auf dem Hinterkopf gefallen sei, was wohl die Ursache des Todes gewesen sein dürfte.

Der Sohn eines Wertmeisters in Staßfurt sah während der Eisenbahnfahrt von hier nach dort aus dem Kupefenster und stieß mit dem Kopfe an einen Pfeiler, so daß er sich eine sehr erhebliche Verletzung zuzog, die seine sofortige Ueberführung nach der Eisenburger Krankenanstalt notwendig machte.

Die Bewegung der Bevölkerung Magdeburgs für die Woche vom 23. Mai bis zum 3. Juni 1899 war nach dem Bericht des hiesigen statistischen Amtes folgende: Geborenen wurden 59 männliche, 80 weibliche, zusammen 121 Personen; totgeborenen — Gestorben sind 29 männliche, 37 weibliche, zusammen 66 Personen, darunter an Diphtherie und Group 1. Die Zahl der Zugewogenen betrug 886, die der Fortgezogenen 967. Die Bevölkerungszahl am 3. Juni stellte sich folgendermaßen: Altstadt 91 609, Wilhelmstadt 19 693, Friedrichsstadt mit Werder 8860, Sudenburg 31 309, Neustadt 47 211, Budau 26 403, zusammen 225 145 Personen (113 333 männliche, 111 812 weibliche), gegen die Vorwoche weniger 33 Personen.

Nachrichten aus der Provinz.

Bitterfeld. (Der unheilvolle „Bismarckstein“.) Auf Grube „Germine“ fürzte der große Stein, der als „Bismarckstein“ verwendet werden soll, beim Herausfahren aus seinem Lager in dieses zurück und rückte dabei den Arbeiter Reetz, einen Familienvater, der acht unversorgte Kinder hinterläßt.

Genßin. (Grober Unfug.) Der Galant zum Goldenen Anker in Paretz hatte den Arbeiter ... in den Saal zu Ver-

sammlungen verweigert. In einem im April d. J. in Paretz und den umliegenden Orten verbreiteten Flugblatte wurde die Arbeiterschaft hierin in Kenntnis gesetzt mit der Aufforderung, die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Die Amtsanwaltschaft in Genßin erblidte in der Verbreitung des Flugblattes den Hauptbestand des großen Unfugs und erhob gegen die Genossen Kiepeholz-Burg als Verfasser, Bethge-Magdeburg als Drucker und Staßmann-Burg als Verbreiter die Anklage. In dem am Montag vor dem Schöffengericht hier selbst stattgehabten Termine beantragte der Amtsanwalt gegen jeden der Angeklagten eine Haftstrafe von vierzehn Tagen. Der Verteidiger, Rechtsanwält Landberg aus Magdeburg, legte in längeren Ausführungen dar, daß die Merkmale des großen Unfugs fehlten, da nicht die Allgemeinheit, sondern nur der Gastwirt in Paretz und seine Standesangehörigen sich durch das Flugblatt beunruhigt gefühlt haben könnten. Der Gerichtshof kam zu einem anderen Ergebnis und belegte den Verfasser und Verbreiter des Flugblattes, dem Antrage gemäß, mit einer Haftstrafe von je 14 Tagen; der Drucker wurde freigesprochen, da ihm nicht nachgewiesen werden konnte, daß er vor dem Druck Kenntnis von dem Inhalt des Flugblattes genommen hatte.

Schönebeck. (Erdsenkungen des Bahndammes.) Wie schon vor einigen Jahren, so sind auch jetzt wieder in der Nähe des Eisenbahndammes bei Gnadau infolge der Schächtanlagen der Grube „Alfred“ Erdsenkungen vorgekommen, die den Bahnkörper in Mitleidenhaft ziehen könnten. Es sind sofort die nötigen Vorkehrungsmaßnahmen angeordnet worden, so daß hoffentlich eine Gefahr für diezüge nicht vorliegt.

Wolmirstedt. (Zernsprechstelle.) Hier ist eine Stadtfernsprech-Einrichtung hergestellt worden, die am 22. Juni dem Verkehr übergeben wird.

Die drohende Aussperrung der deutschen Maurer.

Der Arbeitgeberbund für das Maurer- und Zimmerergewerbe hielt Dienstag mittag eine von etwa 300 Arbeitgebern besuchte Versammlung im Architektenshaufe, Wilhelmstraße 92, in Berlin ab. Ratismaurermeister Westphal-Stegly teilte mit, daß mit Ausnahme eines Herrn sämtliche Vorstände der dem in Breslau begründeten Deutschen Arbeitgeberbundes angehörigen Verbände an der gestrigen Sitzung im Abgeordnetenhause teilgenommen und dabei einmütig ihre Sympathien für die Berliner Arbeitgeber und ihre Maßnahmen ausgesprochen hätten. Beschlossen sei, so weiß die Berliner Volkszeitung mitzuteilen, heute über acht Tage sämtliche Vereinigungen des gesamten deutschen Reiches, soweit sie für das Maurer- und Zimmerergewerbe in Frage kommen, nach Berlin einzuladen. Etwa dreihundert Delegierte würden erwartet. Es sei dringend erwünscht, daß man die Meinungen der Kollegen aus dem Reiche höre und erfahre, wie sie sich zu der Sache der Berliner Aussperrung stellen, denn der Kampf in Berlin sei maßgebend für das ganze Reich. Die Zahl der Mitglieder des Bundes habe 424 erreicht. In der gestrigen Sitzung der Innungsvorstände sei der Fabrikant D. Weigert durch den Baumeister Döbler eingeführt. Er habe erklärt, auf der Grundlage des 60 Pfg.-Maximalstundenlohns im Auftrage der Firmen Held u. Franke, Lachmann u. Zauber zwischen den Arbeitgebern und Maurern Frieden zu stiften. Baumeister Felisch habe mit Freuden das Anerbieten des Herrn Weigert begrüßt und erklärt, die Hand zum Frieden zu bieten.

Nach Ansicht des Vorsitzenden Westphal sei aber nicht die Lohnfrage, die sich von selbst durch Angebot und Nachfrage reguliere, die Hauptsache, sondern die der Annahme und Entlassung der Arbeiter durch die Arbeitgeber, die jetzt lediglich von den Organisationen abhingen. In den nächsten Tagen soll eine gemischte Sitzung der Vorstände aller Berliner Arbeitgebervereine stattfinden, in der die Aussperrung der Maurer besprochen werden soll.

Baumeister Schöppe hielt einen Vortrag über den letzten Lohnkampf in Magdeburg und über die dort erfolgte Einigung, die sich bis jetzt ausgezeichnet im Interesse des gesamten Baugewerbes bewährt habe. Arbeiter und Unternehmer seien mit dem geschlossenen Frieden, wie man allgemein wahrnehmen könne, zufrieden. Der Frieden verspreche auch von Dauer zu sein. Maurermeister Gehricke berichtete über seine Verhandlungen mit den Mörtelwerkern und den Lieferanten von Baumaterial. Die Mörtelwerke, deren Direktor anwesend war, hätten sich bereit erklärt, die Bestrebungen des Arbeitgeberbundes nach besten Kräften zu unterstützen, was Direktor Gröning bestätigte. Doch genigte diese Erklärung einigen Mitgliedern nicht. Herr Direktor Maaf vom Syndikat der Steinhändler habe in Aussicht gestellt, mit der Produktion der Ziegel aufzuhören, falls der Arbeitgeberbund sich bereit erkläre, mit ihnen ein Kartell zu schließen, da die Ziegelfreier auch schon Miene machten, in eine Lohnbewegung einzutreten. Die Brandenburger Kollegen haben dem Bunde eine Sympathieumgebung gesandt.

Beschlossen wurde, den geplanten Arbeitsnachweis schleunigst ins Leben zu rufen.

Kuffehen erregte die Ausweisung des Vertausmanns Silber Schmidt, der sich unter dem Namen eines Kleinenmeisters Horn mit Legitimation eingeführt und eingezeichnet hatte.

Die bisherige Taktik und die bisherigen Maßnahmen des Bundes wurden einstimmig gebilligt.

Der Arbeitgeberbund versendet an die Zeitungen eine Darlegung der bisherigen Geschichte des Streiks, in der er natürlich seinen Standpunkt vertritt. Am Schluß der Darstellung bittet der Arbeitgeberverband alle Arbeitgeber, die von den Unternehmen ohne Grund ausgesperrt, sowie die übrigen ausständigen Maurer „nicht in Beschäftigung nehmen zu wollen, wenn sie ihnen für andere Arbeitsleistungen ihre Arbeitskraft anbieten“. Ferner hat der Arbeitgeberbund gestern eine Petition abgeschickt an die Reichs-, Staats- und Gemeindevorstände, welche bauen lassen, des Inhalts, daß sie „auf die Konventionalstrafen gütigst verzichten“ möchten, die durch die kontraktwidrige Verzögerung fällt

werden. Wie haben schon bemerkt, daß hier den Arbeitgebern eine Parteinahme für die Arbeitgeber angelassen wird, für welche nicht der geringste Anlaß vorliegt.

Im übrigen haben die Unternehmer, wie es in der Zuchtschrift heißt, den Kampf diesmal aufgenommen — „gesucht“ hätten sie sagen sollen —, um wieder „ordnungsgemäße Zustände“ im Baugewerbe herbeizuführen. „Das Baugewerbe kann es nicht ertragen, daß fortwährende Kämpfe um Lohn- und Arbeitsbedingungen jede höhere Vorberanlagung ausschließen und die bei größter Vorsicht und Umsicht aufgestellten Kostenanschläge erschüttern.“ Die Unternehmer hatten es in der Hand, sich gegen die „fortwährenden Kämpfe“ zu schützen, sie hätten nur brauchen auf die Vorschläge der Maurer einzugehen. Diese gingen bekanntlich dahin, den 60 Pfennig-Stundenlohn auf eine längere Zeit — eventuell auf Jahre — festzulegen. Das wollten aber die Herren Unternehmer nicht, sie wollen die Freiheit haben, jederzeit, sobald ihnen dazu die Situation im Gewerbe geeignet erscheint, den Lohn wieder drücken zu dürfen. Nur nichts Stabiles, nur nichts Festes, keinerlei bestimmte Verpflichtungen gegen die Arbeiter, das geht gegen die Herrnmoral und könnte hier und da die Möglichkeit ausschließen, durch Lohnbrud den Profit etwas zu erhöhen. Vereinbarungen mit den Vertretern der Arbeiter treffen, hieße ja die Organisationen derselben anerkennen?! Das darf nicht geschehen!

Die Unternehmer sind es, die keine geordneten Verhältnisse im Gewerbe haben wollen, sie haben jetzt auch kein Recht, sich darüber zu beschweren. Denn, wer wollte es den Arbeitern verdenken, daß sie, denen der Unternehmer sofort Abzüge macht, sobald die Konjunktur eine etwas schlechtere geworden, nun auch ihrerseits die gute Konjunktur auszunutzen trachten und etwas mehr fordern?

Das Schreiben der Unternehmer wendet sich schließlich an die „wohlgesinnten Kreise der Staatsbürger“, sie zu unterstützen. Das soll dadurch geschehen, daß die „guten Staatsbürger“, soweit sie Bauherren sind, die vertragsmäßig eingegangenen Fertigstellungsfristen, um die Dauer des ihr (der Unternehmerschaft) „aufgedrungenen Streiks“ verlängern. Die sonstigen Arbeitgeber werden auch in diesem Schreiben wieder erjucht, die Streikenden nicht zu beschäftigen.

Es ist gewiß das gute Recht der Unternehmer, wenn sie versuchen, ihre Gegner im wirtschaftlichen Kampfe nach Möglichkeit zu schwächen, und wir sind gewiß die letzten, die etwa nach berühmtem Muster nach Polizei und Staatsanwalt schreiben, aber es mißt doch etwas eigenartig an, wenn die Ausshungerung von tausenden von Arbeitern propagiert wird von einer Körperschaft, die nicht laut genug schreien kann über den Terrorismus der Arbeiter, von einer Unternehmertliques, der wir zum Teil mit die Zuchthaus-Vorlage zu verbanken haben.

Über der Arbeitgeberbund scheut sich auch nicht, direkte Gesetzesverletzungen zu begehen. Es giebt eine ganze Anzahl von Baufirmen, welche sich dem Arbeitgeberbund nicht angeschlossen haben, diese haben zum großen Teil die Forderungen der Arbeiter bewilligt. Der Bund will diese nun nicht etwa friedlich überreden, sondern zwingen, an den Verabredungen der Bundesmitglieder teilzunehmen. Für den Fall, daß sie es nicht thun, ist ihnen die Berufserklärung angedroht worden. Die Mörtelfabrikanten und sonstigen Lieferanten von Baumaterialien sollen veranlaßt werden, den Widerstehenden nichts zu liefern. Falls die Mörtelfabrikanten sich nicht fügen wollen, soll der Zwang auch auf diese ausgedehnt werden. Das ist die wirtschaftliche Drohung, das sind Zwangsmittel, wie sie die streikenden Arbeiter in solcher Form und Intensität gegen ihre Kollegen nach ihrer ganzen ökonomischen Stellung gar nie ausüben können. Wenn sie es dennoch versuchen, würden sie sofort vom Staatsanwalt gefaßt. Daß die Unternehmer es in so offener Weise wagen dürfen, den wirtschaftlichen Ruin der „Duisibers“ zu beschließen und zu betreiben, zeigt, daß sie die Ueberzeugung haben, sie ihrerseits können auf das Gesetz pfeifen.

Letzte Nachrichten.

Bombay. Die Unruhen in Süd-Indien haben sich auf Travancore ausgedehnt: die Aufriührer zwangen die Polizei zum Rückzuge, raubten Waffen und Munition und begehen Grausamkeiten gegen die Bewohner. In Samboradogani (?) wurden 450 Häuser niedergebrannt.

Belgrad. Die Zahl der Opfer der am 14. und 15. d. M. auf serbischen Gebiete stattgefundenen Kämpfe ist noch nicht genau bekannt, doch scheinen sie auf beiden Seiten beträchtlich zu sein. Die Türken transportierten ihre Verwundenen nach heimlich nach Brichina, während sie die Toten unterwegs beerdigten. In serbischen amtlichen Kreisen behauptet man es stehe gegenwärtig fest, daß der Angriffsplan von einem Major und einigen anderen türkischen Offizieren, welche zu diesem Behufe in dem Grenzortje Sitrag, in dem Hauje eines berichtigten albanesischen Briganten Versammlungen abgehalten hätten, vorbereitet worden sei.

Paris. Der hiesige Korrespondent der Wossischen Zeitung charakterisiert die gegenwärtige Lage in Frankreich folgendermaßen: „Die Lage spitzt sich bestemmend zu. Die Nationalisten fühlen sich so vollkommen als Sieger, daß sie ein Ministerium Poincaré, natürlich mit Franz, fordern, ja die Erfolgstrunkenheit unter ihnen sprechen schon offen von einem Kabinett Meline. Die Radikalen der Kammer jammern über den Mangel auch nur einer kraftvollen Persönlichkeit unter ihnen und wenden ihre verzweifelter Blick dem Senat zu, von dem sie Rettung erhoffen. Es giebt aber Schwarzgelder genug, die überzeugt sind, daß die nächsten politischen Ereignisse sich auf der Straße abspielen werden.“ — Das heißt, daß eine Revolution ausbricht.

Paris. Bodroy hat den General Rabschef der Marine, de Enverville, welcher den Deputierten Henry-Ravarin zu seiner an der maritimen und kolonialen Vertretung geübten Kritik beglückwünschte hatte, angewiesen, seine Amtsbezugnisse dem Contradmiral Mallarmé zu übertragen. — Ein erregter Zwischenfall ereignete sich heute abend in der Rue Royale. Der antijemische Deputierte für Constanine, Morinaud, sprang aus seinem Wagen in den des vorübergehenden sozialistischen Deputierten Monnet und ohrfeigte ihn, indem er ihm rief: „Dies ist die Antimotte aller Algerier.“ Monnet, welcher völlig verblüfft war, versuchte seinem Angreifer einen Hieb mit dem Stock zu versetzen, trug ihn jedoch nicht. Sodann zog er einen Revolver heraus, indem er Morinaud einen Gegner nannte. Morinaud erwiderte, er solle nur schießen, er sei ein Feigling. Schließlich trennte der Ruffcher Monnets die Gegner und trieb die Pferde zum Weiterfahren an.

Strohnhüte

zu

ermässigten

Preisen

empfehlen

Lange & Münzer

51a Breiteweg 51a.

1821

Fremden in Buckau

empfehle meine große Auswahl von Andenkenstücken mit Ansichten von Buckau und Magdeburg, sowie

Ansichts-Postkarten.

Rudolf Brüning
Buckau

Schönefelderstr. 21, schrägüber der Kirche.

Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, sich auf die Volkstimme beziehen zu wollen.

* Sehr gut erhaltenes Panther-Fahrrad preisw. z. verk. Sdbg., Br. Weg 30c, S. III.



Kaufe 1698
junge Kanarienvogel-Weibchen

fortwährend. Hähne: Preis u. Gesangsleistung

J. Tischler, Annastraße 25.

Kräftigen Mittagstisch zu 30 Pfg. in der Schan. und Speisewirtschaft
Notefreßstraße 21. 489

Küchenzettel der Magdeburger Volkstüchen

Hauptwache 5 und Schmidstr. 61.
Donnerstag: Erbsensuppe mit Rippenfleisch
Freitag: Kartoffelbrei mit Leber.
Sonntags: Kartoffelsuppe mit Schweinefleisch.

Große und Kinder-Volkstüchenmarken sind für Vereine und Herrschaften zur reellsten Unterstützung für Notleidende von 12-2 Uhr in den Volkstüchen: Hauptwache 5, Neustadt, Schmidstraße 61 zu haben.

Küchenzettel des Lehrerinnen- und Damenheims,
Breiteweg 52, 1 Tr.

Donnerstag: Gelegte Suppe, Kalbsbraten, Kartoffelsalat.
Freitag: Brühsuppe mit Nudeln, Kartoffelbrei, Beefsteak.
Sonntags: Bohnensuppe, Rindfleisch, Kofensauce, Salzkartoffeln.

Tüchtige Plätterin gesucht. Frau Nischinsky, Breiteweg 36, Neustadt.

Frl. Logis Grünstraße 14a, 2 Tr.

* Freundliches Logis für einen Herrn. Schöningerstraße 67, v. 3 Tr., rechtlich.

Ein anständ. Logis Kaiserstr. 62 i. Keller

Unserm Sangesbruder **Wilhelm Coors** zu seinem Wiegenfeste ein donnerndes Begehoh! 517 Der 1. Waf.

Hohefortepark (Erbseite).

Heute und folgende Tage:

Riesen-Dampf-Jockey-Karussell.

Hochelegante Ausstattung!
Elektrische Beleuchtung!
Mechanisch bewegliche Pferde.
— Lebenswürdigkeit 1. Ranges! —
— Zum ersten Male hier. —

Hohefortepark (Erbseite).

Schluß am 25. d. Mt.

Walhalla-Theater.

Jeden Abend:
Große Künstler-Spezialitäten-Vorstellung.

Viktoria-Theater.

Donnerstag, den 22. Juni 1899:
Zweites Gastspiel der Königl. preuß. Hofchauspielerin **Elisa Friedhoff** vom Hoftheater in Hannover.

Minna von Barnhelm

oder:
Das Soldatenglück.

Lustspiel in 5 Akten von G. E. Dessing.

Minna von Barnhelm—Elisa Friedhoff a. G.

Cirkus-Sommer-Theater.

Heute Donnerstag:
Doppel-Vorstellung.

Die Jagd nach dem Glück.
Zimmer Nr. 13

und 12 Nummern.

Dauerkarten gültig.

Radfahr-Anzüge

werden billig angefertigt in
Ritter's Massgeschäft, Buckau
Schönefelderstraße 21.

Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, sich auf die Volkstimme beziehen zu wollen.

Verehrte Hausfrau!

Haben Sie schon einmal **Dr. Thompson's** Seifenpulver benutzt? Wenn nicht, dann können Sie nicht länger, denn es giebt zur Erzielung einer blendend weißen Wäsche kein produktiveres Mittel. Nehmen Sie jedoch bitte genau auf die Schutzmarke „Schwan“, da geringwertige Nachahmungen angeboten werden.

Alleiniger Fabrikant: A4

Ernst Sieglin in Düsseldorf.

Friedrichslust

— Fernsprecher 2197. —

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß meine Kinderstube am **Dienstag, den 4. und 18. Juli**, künftigen, für neue Liebhaberinnen für Kinder und Erwachsene in Betrieb gesetzt.

Bringe meine neu renovierten **Regelbahnen** nebst **Geräten** in ausgiebiger Erinnerung. Auch sind noch mehrere **Sonntagsabende** während der Monate Juli, August und September zum Abhalten von **Bällen** frei.

Luisen-Park.

Montag, den 26. d. Mt.:

Großes Garten-Konzert verbunden mit **Kinderfest** unter Leitung des Herrn **Herrmann**. — Eintritt 10 Pfg. 1823

Städt. Arbeitsnachweisstelle

unentgeltlich. Bei der Hauptwache Nr. 5.
Öffnet: Mittl. Abteilung von 7-12 Uhr vorm. und 3-6 Uhr nachm.
Sdbg. 9-1 5-7
Fernsprecher-Nr.: Amtl. Nr. 2150-2155.

Es werden gesucht:

Männliche Abteilung:

1 Buchbinder, 1 Möbelschlichter, 2 Maler, 1 Drechsler, 2 Schenkenknechte, 1 Hausdiener, 1 Koch, mehrere Hausfrauen.

Weibliche Abteilung:

1 weibliche erste Sagarbeiterin, sowie Dienstboten aller Art.

Platz-Diwan 75 Mt. Ebersdorferstr. 52, I.

Die Aerzte sind

ganz erstaunt über die Erfolge des

Carl Koch'schen Nährzwiebacks

Derselbe bildet den Kindern gesundes Blut, starken Knochenbau und ist wegen seines hohen Nährwertes geeignet, das Kind vor den Folgen fehlerhafter Ernährung, als: Strophulose, Drüsen, Darmkatarrh, Rachitis, Knochenkrankheiten usw. zu schützen. In Düren und Selen zu 10, 20, 30 und 60 Pfg. Verkauf nur allein echt in Originalpackung bei:

Haupt-Depot:

Adolf Häuber Nachf., Magdeburg.

W. Lamm jr., Magdeburg, Tischlerbrüde.

Ewe. Matthias, Berlinerstraße 25.

Magdeburg-Südendurg: **H. Starkloff,**

P. Markowski (Schwand-Druckerei).

Magdeburg-Neustadt: **H. Bachtweg,**

Schmidstr. **Gustav Graf, Friedr.**

Paul, Droguenhandlung, Breiteweg 101.

G. Wehmeyer (Germania-Druckerei).

Buckau: **E. Pensky,** Rosenapotheke.

Essfurt: **F. Hedicke, F. M. Kilian,**

Schneidstraße 15, **Frz. Henkel,**

C. Hauke.

Schönefeld: **Germania-Druckerei, Gust.**

Minkus, F. M. Kilian, Bachtel-

straße 15, **C. Hauke.** 21

30 Bettstellen m. Matraben

werden einzeln mit einer Anzahlung von **Mk. 5.00** und wöchentlich Abzahlung von **1.00** Mark an abgegeben.

S. Osswald

Ulrichstraße 14

1. Etage

gegenüber der Ulrichskirche.

Burg. Möbel in jeder Holzart

Polsterwaren, Särge.

W. Stollberg 1746

Breiteweg 7 und Nachstraße 5.

Neueste Waschstoffe

für Damen-Kleider für Damen-Blusen für Knaben-Anzüge für Knaben-Blusen für Herren-Anzüge

sind in großer Auswahl neu eingetroffen und werden sehr billig verkauft.

1820 **Modernste**

Kleiderstoffe

für Festkleider

in Wolle u. Halbseide.

Größte Auswahl und sehr billig.

A. Karger

Gelegenhkeitskauf-Geschäft

8 Grosse Marktstraße 8.

Möbel, Spiegel und Polsterwaren

reelle Arbeit, empfiehlt

C. Dittmar, Tischlermeister

Tischlererstraße 26. 505

Geschäfts-Gründung.

Eröffne mit dem heutigen Tage am

Kaiser **Wilhelmsplatz 12** eine

Dof-, Gemüse-

u. Flaschenbier-Handlung.

514 **A. Dies.**

10 gebrauchte Fahrräder

sind billig zu verkaufen 1812

Braunehirschstraße Nr. 13

Fahrrad-Verleihhaus.

Aufträge nehme entgeg. z. Vermittlung v. Taschenuhren, Uhren, Schmuckgegenst. v. Perlen u. Diamanten in Gold, Silber, Nickel, Scheren, Tascheln. u. Taschenuhren. z. Fabrikat. Mit Ansichtsnummern siehe gern zu Diensten. 5. Burggasse, Hermsleben, Hermsstr. 7.

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Die politische Reichstagsfraktion hat beschlossen, bezüglich der **Zuchthausvorlage** die Kommissionsberatung abzulehnen.

Die **Karolinen** und die anderen Hunderte von Inseln sollen nach der Kolonialkorrespondenz dem Schutzgebiet von Neu-Guinea angegliedert werden; doch werden drei Verwaltungsbezirke geschaffen, für jede Gruppe einer, an deren Spitze ein Beamter steht.

Ueber einen „**Mifton**“ im Kolonialrat wird dem hannoverschen Courier aus Berlin berichtet: Im Kolonialrat erhob sich am Dienstag vormittag scharfer Widerspruch gegen die Gesuche von Schöller und Gen., die in Kamerun die Konzeption fordern, ein Landgebiet, so groß wie Bayern und Sachsen zusammen, mit vier Millionen Kapital zu „erschließen“. Im Kolonialrat wurde auf dieses geringfügige Kapital hingewiesen. Es sei zu befürchten, es werde das deutsche Publikum mit den Aktien gelodert werden, und es werde dann eine ähnliche Hinaufstreberei der Aktien stattfinden, wie es kürzlich in Brüssel mit den Aktien einer anderen in Kamerun thätigen Gesellschaft der Fall gewesen sei, wo einzelne Spekulanten — es sei bedauerlich, daß es auch Kolonialspekulanten gebe — im Handumdrehen jeder eine Viertelmillion an ihren Aktien verdient haben. Diese Erwägungen veranlaßten den Herzog-Regenten von Mecklenburg zusammen mit einem großen Teil der Mitglieder des Kolonialrats einen Antrag gegen Erteilung dieser Konzeption einzubringen. Das war am Vormittag. Nach dem Frühstück war die Lage im Kolonialrat plötzlich eine ganz andere geworden. Die Anhänger von Schöller u. Gen., zu denen auch der Herzog von Ujest gehört, hatten die Gegner der Konzeption inzwischen überzeugt. Der Herzog-Regent zog seinen Antrag zurück und empfahl nunmehr mit Unterstützung des Kolonialrats die Bewilligung der Konzeption, gegen welche 10 Stimmen (also 13 gegen 10) abgegeben wurden. Vorher hatten die Gegner, Geheimrat v. Simon u. Gen., den vom Herzog-Regenten fallen gelassenen Antrag von neuem eingebracht, wodurch der Herzog-Regent in die Lage kam, gegen seinen früheren eigenen Antrag vom Vormittag stimmen zu müssen. Dieser Vorgang hatte am folgenden Tage, in der letzten Sitzung des Kolonialrats, ein Nachspiel. Der Herzog-Regent beschwerte sich darüber, daß über die Vorkommnisse in der Dienstag-Sitzung etwas in die Presse gelangt sei; er richtete, wie es den Anschein hatte, seine Beschwerde über diese „Indiskretionen“ direkt an den Kolonialdirektor v. Buchta und an den Legationsrat Irmer, die Vertreter der Kolonialabteilung. v. Buchta entgegnete, daß er in den Veröffentlichungen nichts Böses finden könnte; Legationsrat Irmer fügte verlegt hinzu, er lasse sich keine Vorhaltungen machen; er wisse selbst, was Takt sei.

Die **Erstigung der Kanalvorlage** durch Kompensationsforderungen wird in dem Wochenbericht der Kreuzzeitung empfohlen. Sie schreibt: „Es liegt auf der Hand, daß solche Wünsche nunmehr aus allen, nicht durch den Mittellandkanal bevorzugten Landesteilen, eintreffen werden. Man wird — und wer kann das den Interessenten verdenken? — allenthalben die Gelegenheit wahrnehmen,

„Kompensationen“ in Gestalt von Flußregulierungen, Ausbau des Kanalnetzes und Tarifermäßigungen zu fordern, so daß an deren Höhe doch schließlich die Bewilligungsfreudigkeit unserer Finanzverwaltung scheitern könnte.“ Die Nationalliberale Korrespondenz berechnet, daß die sogenannten Kompensationsforderungen, die auf diese Weise fabriziert werden, sich schon jetzt beinahe auf eine halbe Milliarde Mark belaufen, und daß die geplanten Forderungen sich keineswegs mit Verkehrsverweiterungen und Erleichterungen begnügen, sondern sich auch auf Dinge erstrecken, wie Schulsubventionen und Provinzialdotationen und anderes mehr, was ordnungsgemäß ja nach dem Bedürfnis und den Mitteln des Staates im Wege des Etats für die verschiedenen Verwaltungen zu erledigen wäre.

Ein **Invalide des Freisinn**, Abg. Reinhard Schmidt, der zweite Vizepräsident des Reichstages und Vorsitzende der Kommission des Invaliditätsversicherungs-Gesetzentwurfs, hat die Annahme dieses Gesetzes mit einem solennen Festmahle gefeiert. In dem reichgeschmückten Speisesaale des Savoy-Hotels versammelten sich unter Vorsitz des Herrn Schmidt die in der Kommission thätig gewesenen Regierungsvertreter sowie die Kommissionsmitglieder — mit Ausnahme der Sozialdemokraten, welche vermutlich in Rücksicht auf den Grafen v. Posadowsky nicht eingeladen waren. Vielleicht fürchtete der Herr Graf, daß ein sozialdemokratischer Abgeordneter mit einer roten Krawatte erscheinen konnte. Das Fest soll sehr anregend verlaufen sein. Das Verbrüderungsmahl begann und endete bei schäumendem Sekt, welcher verschiedene Neben zu Tage förderte. Als wertvolle und dauernde Erinnerung an diesen Abschluß der Kommissionsarbeit wurde die ganze Tafelrunde photographiert, und hierzu der Moment gewählt, in welchem die Gesellschaft mit erhobenen Gläsern den glücklichen Abschluß ihrer Kommissionsthätigkeit feierte. Herr Schmidt will jedem seiner Kollegen ein Exemplar dieser Photographie verehren. So mußte auch das Gesetz der Arbeitsinvaliden die staatsmännliche Invalidität des Reinhard Schmidtschen Freisinn bezeugen.

Deutlich wird der **Fürst von Reuß** älterer Linie. Für ein Bismarck-Denkmal in Burgstädt hat der Fürst das ihm von dem Komitee angebotene Protektorat mit der Begründung abgelehnt, daß ein Nationaldenkmal für Bismarck nicht nach Greiz, sondern nach — Berlin gehöre. Der Fürst meint jedenfalls, daß durch die Thaten Bismarcks Preußen mehr gewonnen hat, als Reuß.

Nachrichten aus dem Auslande.

Das **spanische Budget** enthält eine Uebersicht über die Kosten, welche der jüngste Krieg Spanien verursacht hat. Vom Beginn der kubanischen Erhebungen bis zum März dieses Jahres wurden vom Kolonialministerium 1969 Millionen Pesetas ausgezahlt, davon für Kuba allein 1796 Millionen, für Portorico 7 Millionen, für die Philippinen 166 Millionen. Die Spanien hinterlassene Schuld beläuft sich auf 1 445 279 787 Pesetas, bestehend in Verpflichtungen des Kolonialministeriums und in Obligationen verschiedener Sorten, die zum Nominalbetrage zurückzuzahlen sind; die kubanischen Pfandbriefe, die Philippinen-Obligationen und die Zollobligationen beziffern sich zusammen auf 146 942 625

Pesetas. Der Jahresaufwand für Verzinsung und Tilgung dieser Schulden beträgt 211 012 806 Pesetas. Diese Summe stellt zusammen mit den 48 044 154 Pesetas der Verpflichtungen, die früher die Kolonien bezahlten und die jetzt auf das allgemeine Budget übergehen, darunter der Aufwand für die Pensionen der Offiziere und Mannschaften des Heeres und der Flotte und die Entschädigungen an die Compania Transatlantica für Schiffsfahrtdienste, eine jährliche Belastung von 259 056 960 Pesetas hat. Die schwebende Schuld beläuft sich, wenn die von den Vereinigten Staaten bezahlten 119 Millionen Pesetas abgezogen werden, auf 252 Millionen; zusammen mit dem Defizit, das sich aus der Abwicklung des Budgets ergibt, erhöht sich diese Summe auf über 300 Millionen Pesetas.

Aus **China** werden neue Christenmorde gemeldet. Das Reutersche Bureau erfährt aus Hongkong, einer Nachricht aus Futschau zufolge seien der Missionar Phillips, seine Frau und eine andere Dame sowie sieben christliche Chinesen in Kien-ning-su ermordet worden. Vom Montag berichtet das Reutersche Bureau, die Missionare befinden sich sämtlich in Sicherheit. Kien-ning ist eine ziemlich große Provinzstadt im Innern der Provinz Fo-kien, nördlich des Vertragshafens Futschau am Min-flusse gelegen.

Aus der Parteibewegung.

„Das **Zuchthauslied**.“ Ein Schrei des Jornes war die Antwort des Proletariats auf das Knebelgesetz, das gegenwärtig im Reichstag zur Beratung steht. Aus Millionen Arbeiterkehlen drang jener Schrei, der den herrschenden Klassen die elementare Kraft offenbarte, mit der das deutsche Proletariat trotz aller Hindernisse vorwärts schreitet auf dem Wege zur Freiheit. Da ziemte es auch dem Dichter, der Gewalt dieser Volksbewegung Ausdruck zu geben. In dem Zuchthauslied unseres Parteigenossen Ernst Prezang spiegeln sich die Gedanken der deutschen Arbeiterschaft wieder. In edler Form ist hier angebracht, was den Arbeiter bewegt gegenüber jener Gesetzesvorlage, in deren Angesicht selbst in bürgerlichen Kreisen die Frage laut wurde, ob denn die Regierung ihren sozialen Zweck darin sehe, das deutsche Volk zu billigen Arbeitskräften einer Handvoll Großkapitalisten zu erniedrigen?

„Sind wir denn feige Mörder?
Sagt's, die Ihr uns bedroht!
Den Kerker unsern Besten?
Zuchthaus dem Kampf ums Brot!
Sagt Ihr schon die Stelette
Der Frühgehorbenen nah?
Die große Schädelstätte,
Der Arbeit Golgatha?“

„Und wenn's in unsern Reihen
Nun blüht und zuckt und großt,
Dann laßt die Heuschrecken —
Ihr habt es so gewollt!
Ja oder Nein die Rede!
Freund oder Feind im Streit!
Und wollt Ihr denn die Fehde —
Wir sind bereit!“

Der Vertrieb der im Selbstverlage des Verfassers erschienenen Dichtung, aus der wir hier einige Strophen wiedergegeben haben, ist von der Buchhandlung Vorwärts übernommen worden. Wir zweifeln nicht daran, daß die markigen Verse in der deutschen Arbeiterschaft Wiederhall finden und be-

Fenilletou.

Helene.

Roman in drei Büchern von Minna Kautsky.
(18. Fortsetzung.)

Im Augenblick aber waren die neuen Verhältnisse eine Macht geworden, die der Frau Röder vollständig den Kopf verdrehten.

Die Lieferanten gingen jetzt in ihrem Hause nur so ein und aus, und Lene wurde nicht fertig mit Aussuchen, Maßnahmenlassen und Probieren. Lene war hübsch, ihr Bräutigam wollte sie elegant haben. Die Lieferanten wußten aus ihrer Praxis sehr wohl, was in solchen Fällen ein Bräutigam, der die Ausstattung selbst bezahlt, für sein teures Geld zu erhalten wünscht.

Er begehrt, daß man ihm seine Braut so verführerisch als möglich vor Augen bringe. Lene ließ alle gewähren und hatte selbst ihre Freude daran; aber wenn nun diese Modistinnen und Wäschekonfektionärinnen von der Schönheit ihres Körpers zu schwärmen anfingen, an die sie gedacht, und ausdünsteten, wie sie Reize, die bisher verborgen geblüht, so recht augenfällig machen könnten und funberückend, da suchte das junge Mädchen hastig und verlegen darüber hinwegzukommen, ohne einen Ausdruck für ihre innere Verleththeit zu finden; die Scham bei einem Kinde ist schüchtern und stumm. Als aber Erich den Wunsch aussprach, sie möge sich schon jetzt in die neuen Toiletten kleiden, wagte sie zum erstenmal einen Widerspruch, der ihren Bräutigam sichtlich verstimmete. Es kam zu einem Wortwechsel zwischen ihnen, und Erich entfernte sich in vollem Zorn.

Als er fort war, begann die Mutter ihr Vorwürfe zu machen über ihr albernes, unverantwortliches Betragen.

Lene, noch immer erregt, runzelte die Brauen.
„Wie kann ich denn meine Sachen tragen,“ rief sie, mit einigem Ungehäm sich gegen die Mutter wendend, „und gesetzt, wenn wir auf einander böß würden und uns nicht mehr heiraten wollten, wie sollte ich sie ihm dann zurückgeben?“

„Nicht heiraten?“ rief die Mutter, die förmlich in sich zusammenfiel, „wie kannst Du daran nur denken.“

„Das wäre wohl sehr unangenehm?“ fragte Lene, die selbst nicht wußte, warum die jammervolle Miene der Mutter sie empörte.

„Unangenehm? Das wäre wohl für uns etwas mehr als unangenehm.“

„Für Euch?“ joch es unbedacht über Lenes geschwungene Lippen, „das geht doch nur mich an.“ Sie sprach nicht weiter.

Vater Röder war aus der Thür getreten. Er hatte sie in den letzten Tagen oft so hoffnungsfreudig angelächelt, jetzt sah er ernst und unzufrieden aus.

„Dich geht es an. Dich allein, aber darum sollst Du auch nicht die schwere Verantwortung auf Dich laden, Dein Glück leichtsinnig verscherzt zu haben. Was Dir Erich bietet, kommt Dir im Leben nicht wieder, nie, aber ich glaube gar nicht, daß Du so unbedacht handeln könntest.“

„D, sie ist alles imstande,“ jammerte die Mutter, „sie denkt an nichts; sie hat sich nie darum gekümmert, woher wir's nehmen, und daß das Leben immer schwieriger wird, je größer die Kinder werden. Freilich, ihr hat's an nichts ge fehlt, aber nun werden die Duben auch einmal etwas brauchen — aber das weiß der liebe Gott, woher wir's nehmen sollen, so lange sie nicht versorgt ist.“

Der Vater gebot der erregten Frau, zu schweigen. Er wollte solche Reden nicht hören, er treibe seine Tochter nicht aus dem Hause. „Aber aufbringen sollst Du ihn auch nicht durch albernen Eigensinn,“ wendete er sich an Lene, „verführe ihn lieber so rasch als möglich — es wird Dir nicht schwer fallen,“ und leiser, mit einem zärtlichen Blinzeln, das sein strenges Gesicht ungewöhnlich erhellte, „er ist ja verliebt in Dich bis über die Ohren — und Du in ihn.“

Lene sagte kein Wort. Stumm beugte sie ihr Haupt, als fühle sie zum erstenmal das Joch, das sie nicht abschütteln dürfe ohne Schaden für sich und die Ihrigen. Aber es würde ihr nicht schwer fallen, hatte der Vater gesagt, denn sie liebe ihn.

Es war, als hätte sie erst dieser väterlichen Bestätigung bedurft, um sich ihrer Liebe völlig bewußt zu werden. Sie war nun voll Ungebuld und Sehnsucht, ihn wiederzusehen, und als er am nächsten Tage zur festgesetzten Stunde nicht erschien, kam eine quälende Angst über sie, die die stummen Seufzer der Mutter und die aufgeregten Schritte des Vaters, der in seiner Stube unaufhörlich auf und nieder ging, bis zur Unerträglichkeit steigerten.

Als Erich nun endlich erschien, floß sie ihm mit einem Freundschaftsschrei an den Hals und ließ sich von ihm küssen nach Herzenslust. Auch er hatte daran gedacht, sie zu verführen, und übergab ihr ein Etui mit herrlichen Brillantenboutons.

Mama Röder war hingerissen von dieser fürstlichen Gabe und Lene lachte voll Glück und Entzücken und wehrte es nicht, als er sie sofort in ihren kleinen Ohren besetzte. Sie begriff, daß nun auch das Uebrige dazu stimmen müsse, und als sie von Mama hergerichtet, nach dem letzten Journal gekleidet, vor ihm stand, in dem lichten, ihre Formen fest umhüllenden Kleide, erschien sie holdselig in ihrem Eröthen und der eiteln Freude, sich so schön zu sehen und von ihrem Liebsten bewundert.

Die Tage vergingen in jener stillen Langeweile, die spießbürgerliche Brautchaften stets umgiebt.

Erich lachte über sich selbst. Wie ein Anfänger in der Liebe kam er sich vor, genüßig, ungeschickt und geduldig. Aber das mußte eben getragen und überwunden werden.

„Froh werde ich sein, wenn diese Brautchaft überstanden sein wird,“ gestand er sich, „das ist ein schrecklicher Zustand.“

Aber wenn er die Tage und schließlich die Stunden zählte, die ihn vom Beginn seiner Herrschaft noch trennten, suchte das junge Wesen, das sich selbst noch nicht kannte, diesen Zeitpunkt, der es in eine neue Umgebung, in durchaus veränderte Verhältnisse bringen würde, in seinen Vorsetzungen möglichst hinauszuschieben.

Sie bekam Herzklopfen, so oft sie nur daran dachte, daß sie mit diesem fremden Manne das Elternhaus verlassen würde, um nie wieder dahin zurückzukehren, und darum dachte sie so wenig wie möglich daran.

(Fortsetzung folgt.)

in aller Munde sind. (Die Buchhandlung Volkstimme wird in einigen Tagen in der Lage sein, Exemplare zum Preise von 10 Pfennig pro Stück liefern zu können.)

Bei den Bürgerschaftswahlen für einen Teil Südeß erlangte die sozialdemokratische Liste 207 Stimmen, während ein einzelner ihrer Kandidaten, Genosse Schwarz, 247 Stimmen erhielt. Trotdem der Bezirk diesmal kleiner ist, wie bei der Wahl 1897, erhielt die geschlossene Liste diesmal doch 87 Stimmen mehr wie damals. Gewählt wurden die Kandidaten der sogenannten vaterländischen Partei mit 570 bis herunter zu 367 Stimmen.

Ein Gegenstück zum Fall Singer wird aus Göppingen in Württemberg gemeldet. Dort war vor längerer Zeit unser Genosse Gemeindevorsteher Thiele zum Mitglied der katholischen Ortschulbehörde gewählt worden. Obwohl die Wahl von der Regierung nicht bestätigt worden war, wurde Thiele zum zweiten Male gewählt und in Vorschlag gebracht. Trotz der neuerlichen Agitation, die sich hierauf gegen den „Atheisten“ Thiele erhob, hat die Wahl nunmehr ihre Bestätigung gefunden.

Die ruthenische Sozialdemokratie. Nachdem die seit Jahren wiederholt gemachten Versuche erfolglos blieben, die Partei der radikalen Ruthenen als Ganzes mit der Sozialdemokratie zu vereinigen, traten, wie die Wiener Arbeiter-Zeitung berichtet, die konsequent sozialdemokratischen Elemente vor kurzem zu einer Konferenz zusammen, bei der sie sich als ruthenische Sozialdemokratie konstituierten. Es wurde sofort eine provisorische Parteivertretung gewählt, bestehend aus den Genossen Dr. Hankiewicz, Witul, Romanowski, Abgeordneten Dr. Jarosiewicz und Waczynski. Das Parteiblatt wird vom September dieses Jahres an in Lemberg erscheinen. Als Parteisekretär fungiert Genosse Dr. Hankiewicz. Die Gesamterkutive der österreichischen Sozialdemokratie hat in ihrer Sitzung vom 16. d. M. diese Thatsachen zur Kenntnis genommen, und wird Genosse Dr. Jarosiewicz die ruthenische Sozialdemokratie als ständiges Mitglied der Gesamterkutive vertreten. Zugleich hat Abgeordneter Dr. Jarosiewicz, der bisher dem sozialdemokratischen Verband im Parlament als Hospitant angehörte, seinen Beitritt als Mitglied angemeldet.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die zukünftigen Zuchthauskandidaten darf man nicht hochleben lassen. Genosse Klingner in Podesch (Pommern), der das in einer Versammlung gethan, wurde dafür wegen großen Unfugs durch polizeiliches Strafmandat zu 3 Wochen Haft verurteilt. Das von ihm angerufene Schöffengericht erhöhte die Strafe auf 4 Wochen und die Strafkammer bestätigte am Sonnabend dieses Urteil.

Soziale Bewegung.

Zur Lohnbewegung der Steinseher. Die Berliner Unternehmer haben bisher als Hauptgrund für die Ablehnung der Forderungen der Arbeiter angeführt, daß sie denselben nicht zustimmen können wegen des enormen Schadens, der ihnen aus der Bewilligung erwüchse. Schon das Schiedsgericht hat einstimmig erklärt, daß dieser Grund als nichtig nicht zu betrachten sei. Jetzt wird auch von dem Streikemittler Baumann, der auch mit zum Innungsring gehört, durch die Thatsachen der Beweis geliefert, daß das Schiedsgericht damit den Nagel auf den Kopf getroffen hat. Derselbe hat nämlich eine Anzahl der in seinem Geschäfte Auszubildenden eingeladen und ihnen erklärt, den geforderten Stundenlohn von 65 Pfg. zahlen zu wollen — allerdings bei zehnstündiger Arbeitszeit. Da hierbei nun aber die bekannten Mißbräuche auch dieselben bleiben, wie bisher, so bedeutet dieses Angebot des genannten Unternehmers eine noch höhere Belastung seines Arbeitslohnkontos, als es bei Annahme des Vergleiches oder des Schiedsspruches der Fall gewesen wäre. Es ist also lediglich Egoismus, der die Unternehmer von ihrem Standpunkt nicht abgehen läßt, wie das ganz treffend einer der Unternehmer-Besitzer des Innungsamtes hervorgehoben hat.

Der allgemeine Formelstreik in Leipzig ist zur Thatsache geworden. Die gewählte Kommission hat dem Vorsitzenden des Unternehmerverbandes den Beschluß der Versammlung vom 15. d. Mts. mitgeteilt, daß sie die Zurücknahme des auf zweijährige Aussperrung der 156 Arbeiter der Firma Becker u. Comp. in Leipzig gerichteten Beschlusses fordert. Der Vorsitzende, Herr Müller, hat der Formelkommission erklärt, daß er diesen Beschluß dem Verbandesmitgliedern mitgeteilt, von diesen aber keinen Antrag in der Angelegenheit erhalten habe. Die Versammlung von 1200 Formlern und Gesperrten, die am Sonntag im „Panthron“ in Leipzig tagte, beschloß sich mit dieser Erklärung des Unternehmerverbandes und beschloß, Montag die Arbeit einzustellen. Der Beschluß soll sich indes nicht auf die Hilfsarbeiter beziehen. Dieser Beschluß wurde geschlossen durchgeführt. Sämtliche Formler haben die Arbeiter niedergelegt. — Bis Montag mittag ergab sich nach der Leipziger Volkszeitung folgendes Bild: Von insgesamt 715 beschäftigten Formlern und Gesperrten sind in 14 Gießereien bis jetzt 430 Mann in den Anstalten getreten. Aus 8 weiteren Gießereien liegt das Resultat noch nicht vor.

Der Maurerstreik in Dresden dauert ununterbrochen fort. Die Situation ist günstig für die Arbeiter. Für die Streikenden und die über 900 abgetretenen Maurer haben die Unternehmer keinen Erfolg haben können trotz der größten Anstrengungen, welche sie im In- und Auslande machen; selbst das falsche Gerücht, daß der Streik beendet ist, vermag nicht. Die wenigen Arbeiter, welche von auswärts unter falschen Versprechungen herangezogen wurden, haben zum größten Teil Dresden wieder verlassen, und diejenigen, welche die Arbeit angenommen, können die Arbeit nicht leisten, so daß die Unternehmer mehr Schaden als Nutzen von ihnen haben. Der Kampf wird aber ein langer und hartnäckiger.

Neuer 500 Maurer sind in Zwickau in den Ausstand getreten.

Unternehmer im Baugewerbe als Menschenhändler. Die Leipziger Volkszeitung meldet: Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe empfiehlt seinen Mitgliedern folgende Adressen, durch deren Vermittlung im Bedarfsfalle italienische Maurer und Bauarbeiter bezogen werden können. Daß der „Bedarfsfall“ gleichbedeutend mit dem Streikfall ist, liegt auf der Hand. Solche Lieferanten sind:

- Italienisches Konsulat in Dresden;
- Oskar Dama, Dresden, Trompeterstraße 8;
- Vincenzo Peressutti, Maurerpolier in Aue bei Schmalkalden;
- Cassetti, Maurerpolier in Weiskensfeld;
- Otto Thomas, Halle a. d. S., Trödel 4, 1 Tr.;
- Giacomio Diquai aus Rigolato in Italien, z. B. Brandis bei Leipzig;
- Brausch, Gastwirt in Meß (Lothr.).

Das baugewerbliche Unternehmertum läßt an Offenheit ihrer arbeiterfreundlichen Unterdrückungspläne nichts zu wünschen übrig. Auf der einen Seite pulst es zur Aussperrung der deutschen Bauarbeiter auf und auf der anderen Seite organisiert es den Import fremdländischer Arbeitswilliger.

Zwischen den Seeleuten und Mhedereien Flensburg sind Differenzen ausgebrochen.

Aus dem Königreich Stumm. Die Saarbrücker Zeitung meldet: „Am Thore des Stumm'schen Eisenwerkes wurde durch Anschlag folgendes bekannt gemacht: Das in dem Anschlag vom 19. Mai ds. Jz. ergangene Verbot, betreffend den Besuch der Johann Herrmann'schen Wirtschaft am oberen Marktplatz wird hierdurch aufgehoben, nachdem der Wirt Herrmann versprochen hat, in Zukunft sein Lokal zum Abhalten sozialdemokratischer Versammlungen nicht mehr hergeben zu wollen.“ Wo ist die Zuchthausvorlage für den Terrorismus des Königs Stumm?

Gerichtliche Urteile.

Ein Kapitel aus der Thätigkeit eines Privatdetektivs beschäftigte die erste Strafkammer des Landgerichts I in Berlin unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Felisch. Des fahrlässigen Meineides beschuldigt befand sich der Privatdetektiv Gottfried Fuchs auf der Anklagebank. Im Jahre 1896 erhielt die Firma Fuchs u. Vogt, deren Mitinhaber der Angeklagte war, von der Frau Hauptmann Blank den Auftrag, Ermittlungen darüber anzustellen, ob ihr Mann sich des Ehebruchs schuldig gemacht habe. Im bejahenden Falle wollte sie hierauf ihren Antrag auf Ehescheidung stellen. Sie wollte gehört haben, daß ihr Ehemann, der sich auf seinem Gute im Posenischen aufgehalten habe, dort mit zwei weiblichen Diensthilfen in unzulässigem Verkehr gestanden habe. Der Angeklagte reiste nach dem Posenischen und besuchte das Gut zu einer Zeit, als dessen früherer Besitzer sich auf Reisen befand. Der Gutsverwalter Ault empfing ihn. Der Angeklagte führte sich mit seinem richtigen Namen ein und machte auch kein Hehl aus dem Grund seines Kommens. Ault nahm ihn mit in sein Arbeitszimmer und ließ das Dienstmädchen Veronika Waczejak, zu dem Blank unlautere Beziehungen unterhalten haben sollte, rufen. Ault befragte sie im Gegenwart des Angeklagten. Die Waczejak erklärte, daß Hauptmann Blank ihr nur unsittliche Anträge gestellt habe, die aber von ihr zurückgewiesen worden seien. Dagegen habe der Hauptmann zu ihrem Nebenmädchen in unsittlichem Verkehr gestanden. Fuchs machte seiner Auftraggeberin von dem Gehörten Mitteilung und diese verwendete das ihr gelieferte Material in ihrem Ehescheidungsprozeß. Auch Fuchs wurde als Zeuge vernommen. Er bekundete unter seinem Eide, daß der Gutsverwalter Ault die Veronika Waczejak auf polnisch befragt und ihm dann die Antworten verberichtet habe. Dies entspricht nicht der Wahrheit, denn Ault erklärte bei seiner Vernehmung, daß er die polnische Sprache weder versteht noch spricht. Hierauf wurde gegen Fuchs obige Anklage erhoben. Zum gehörigen Termin waren sowohl seitens der Staatsanwaltschaft, wie seitens des Verteidigers A. A. Halpert Zeugen geladen. Von diesen wurden nur zwei, der Gutsverwalter Ault und die Veronika Waczejak vernommen. Da der Zeuge Ault die Möglichkeit zugab, daß bei der fraglichen Beipredung auch einige polnische Worte und Redensarten untergefallen seien, erklärte der Staatsanwalt, daß der Vorwurf des fahrlässigen Meineides gegen den Angeklagten nicht genügend zu begründen sei. Er beantragte Freisprechung. Dementprechend erkannte der Gerichtshof.

Kleine Chronik.

Ein Sprengschuß ging in der Gasse „Nordfeld“ bei Kaiserstrasse los. Zwei Verglante wurden sofort getötet, ein Verletzter wurde lebensgefährlich, zwei leichter verletzt.

Ein merkwürdiger „Unglücksfall“ wird aus Prag gemeldet: In einem Garben-Refektorium der in der Nähe gelegenen „Königlichen“ Kaserne ging ein bisher unangesehener Reiter der Karabiner eines Garbentrosses los, wodurch ein Reiter getötet und zwei verwundet wurden.

Kampf mit Wilderern. Der Forstgehilfe Johann Gegenbauer von Klingenberg in der Abteilung „Hindelsch“ der Klingenberg-Forstverwaltung traf eines Abends drei bis vier Wilderer, von welchen einer auf den Forstgehilfen anlegte. Dieser schloß jedoch sofort auf der ihn bedrohenden Gefahr und trat ihn so, daß er stürzte. Gegenbauer legte ein zweites Wilderer auf den Forstgehilfen an, doch dieser kam ihm zuvor und knickte ihn nieder. Während der eine getroffene Wilderer von einem Kameraden bei Seite geschafft wurde, fand man den zuletzt getroffenen an anderer Stelle als Leiche. Er wurde als der Förster Martin Heil von Klingenberg im Wald erkannt. Bei der Suche wurde ein aus Frauenhagen geflohter jählicher Bart und das Gewehr des Wilderers gefunden.

Ein verheerender Hagelschlag mit Sturm und starkem Gewitter ging am 16. Juni in der Umgebung von Chemnitz nieder. Das Wetter war ein ganzes Schicksal herab. Zwei Hütten wurden dem Hagel erliegen. Die Saaten haben sehr gelitten.

Bücherchau.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 39. Heft des 17. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Borsperrgeschichte. — Die „Zuchthausvorlage“. Besprochen von Arthur Stadthagen. — Zur Wohnungsfrage. Von C. Hugo. — Eitlwandlungen. Von Johannes Gaulte. — Notizen: Die oberstelethische Glacehandschuhfabrik. — Feuilleton: Erinnerungen eines Achundbierzigers. (Fortsetzung.)

Von der Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieß Verlag) ist uns soeben die Nummer 13 des 9. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Die Zuchthausvorlage. — Der englische liberale Frauenverband und die Frage des gesetzlichen Arbeiterinnenstrafes. Von Margarete E. Macdonald-London. — Die württembergische Gewerbeinspektion. Von Wilhelm Keil. I. Man kann die Wahrheit nicht verbunkeln. Von W. S. Rosenfeld. (Gedicht.) — Notizen: Die Arbeit von Lily Braun und Clara Zetkin: Frauenarbeit auf dem Gebiete der Industrie, des Handels und Verkehrswezens. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung. — Die Gleichheit erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfg., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1899 unter Nr. 3033) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgebühren 55 Pfg.; unter Kreuzband 85 Pfg. Die Kolportage der Volkstimme nehmen auch Bestellungen entgegen.

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Am 15. Juni fand eine öffentliche Mitgliederversammlung der Zimmerer-Zunftstelle von Magdeburg und Umgegend im Dreifaltigkeitssaal. Auf der Tagesordnung stand die Arbeitslosenunterstützung mit ihren Licht- und Schattenseiten. Referenten: Kamerad Ringmann u. Hamburg und Genosse Gärtner u. Magdeburg. An Stelle des Kamerad Ringmann war Kamerad Hoyer aus Leipzig erschienen. Redner erläuterte in seinem 1 1/2 stündigen Vortrage das Gute und Schlechte der Arbeitslosenunterstützung und erklärte sich als Fürsprecher derselben, trotzdem wir noch manches zu überwinden hätten, was uns daran hindert, dieselbe einzuführen. Redner meint, die Arbeitslosenunterstützung wäre durchzuführen, wenn sich dieselbe über ganz Deutschland erstreckte. Er betrachtete sie als einen Fortschritt für die Entertiten und Beschloßenen. Auch führte Redner verschiedene Beispiele an. In Basel besaß sich gegenwärtig Dr. Adler mit der Arbeitslosen-Unterstützung und will dieselbe staatlich einführen. Ebenfalls in Stuttgart hat sich eine Gesellschaft gebildet, die Arbeitslosen-Versicherung, die Arbeiter jeden Berufs aufnimmt und denselben Unterstützung zahlt, je nach Höhe der Beiträge. Würde die Unterstützung in unserem Berufe eingeführt, was Redner wünscht, so dürfen auch die Opfer nicht schrecken, denn ohne Opfer kein Sieg. Den Unternehmern selbst wäre die Arbeitslosen-Unterstützung ein Dorn im Auge sein. Im Jahre 1895 sei über die Frage im Parlament beraten, die Einführung wurde aber abgelehnt, weil es sich um das Interesse der Arbeiter gehandelt habe. Da der Gegenreferent Genosse Gärtner nicht erschienen war, wurde zur Diskussion geschritten. Kamerad Bartels erklärte, daß, wenn die Arbeitslosen-Unterstützung staatlich eingeführt wäre, ebenfalls der Arbeitsnachweis in die Hände des Staates übergehen würde. Die Arbeitslosen würden dann vielleicht nach Döbeln, dem Eldorado der Junker, geschickt; wenn sie nicht wollten, gingen sie dann der Unterstützung verlustig. Nachdem von verschiedenen Seiten gegen und für gesprochen worden war, erhielt Kamerad Hoyer das Schlusßwort und ermahnte die Anwesenden, jetzt geschlossen zu stehen, Schulter an Schulter zu kämpfen, denn wir gingen einer schweren Zeit entgegen: dem Zuchthauskurs. Mit einem Hoch auf die Bewegung der Zimmerer wurde die Versammlung geschlossen.

Am Sonnabend, den 17. Juni, fand eine öffentliche Versammlung aller in städtischen Betrieben beschäftigten Personen statt. Als Vertrauensmann wurde Genosse W. Stein wiedergewählt. Der Centralvorsitzende des Verbandes, H. Boersch, hielt dann einen sehr lehrreichen Vortrag über die Invaliden-Unterstützung der Arbeiter in städtischen Betrieben. Er schilderte, wie die höheren Beamten ihre Pensionen erhalten und wie dagegen die Arbeiter in ihrem Alter abgepeißt werden. Auf Grund dieses Vortrages wurde eine Kommission gewählt, welche aus fünf Mitgliedern besteht und die Sache in die Hand zu nehmen hat.

Die am Sonnabend, den 17. Juni, stattgefundenen öffentliche Wählerversammlung war stark besucht. Der neu ausgearbeitete Lohn-tarif wurde von der Versammlung nach einigen kleinen Veränderungen angenommen. Er wird in nächster Zeit den Arbeitgebern vorgelegt werden.

Donnerstag, 22. Juni:

Arbeiter-Stenographen „Vorwärts“. Jeden Donnerstag abends 8 1/2 Uhr Uebungsabend bei A. Buchlow, Katharinenstraße 5.

Wilhelmshäbter Männerchor. Jeden Donnerstag abend 8 1/2 Uhr Uebungsstunde in der „Hoffnung“, Große Diesdorferstraße 201.

Radfahrklub „Sturm“. Jeden Donnerstag abend Vereinsabend im „Luisenpark“.

Radfahrklub „Stern“. Jeden Montag und Donnerstag Saalfahren.

Arbeiter-Radfahrer-Klub „Freiheit“. Abends 8 1/2 Uhr Uebungsfahren auf der Fischerischen Lerbahn am Schlachthof.

Musikverein „Freundschaft“ Magdeburg-Neustadt. Uebungsstunde jeden Donnerstag im Restaurant „Gemütlichkeit“, Schmidstraße.

Arbeiter-Turnverein Neustadt. Uebungsabende Dienstag und Donnerstag abends 8 Uhr im Weissen Hirsche.

Sachsenburger Arbeiter-Gesangverein. Jeden Donnerstag abends 8 Uhr Uebungsstunde im „Deutschen Hof“.

Turnverein „Einigkeit“, Budau. Jeden Dienstag und Donnerstag abends 8 Uhr Turnstunde in Friedrichsplatz, Leipzigerstraße.

Männer-Turnverein Groß-Dörsleben. Jeden Dienstag und Donnerstag Turnstunde abends 8 Uhr im „Goldenen Stern“.

Arbeiter-Gesangverein „Gleichheit“, Kl.-Dörsleben. Jeden Donnerstag abends 8 1/2 Uhr Uebungsstunde bei Restaurateur Wylhms.

Radfahrerverein „Falke“ in Burg. Jeden Donnerstag Saalfahren im „Hoffjäger“.

Neuhaldensleben. Arbeiter-Gesangverein „Einigkeit“. Jeden Donnerstag abends 8 Uhr Uebungsstunde bei Wiff. Herzog. In jeder Uebungsstunde werden Mitglieder aufgenommen.

Gewerbegerichts-Beisitzer!

Heute, Donnerstag, 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Großthum.

Wasserstände.	
+ bedeutet über — unter Null.	
	Elbe.
Barbisch	18. Juni + 0.06
Brandeis	„ + 0.16
Melmitz	„ + 0.14
Leitmeritz	„ + 0.02
Außig	19. „ + 0.38
Dresden	„ + 0.98
Leipzig	„ + 1.10
Wittenberg	„ + 1.86
Köhlitz	„ + 1.39
Barby	„ + 2.28
Schönebeck	„ + 2.10
Magdeburg	20. „ + 1.85
Langerwände	19. „ + 2.70
Wittenberge	„ + 2.06
Dömitz, Pegel	„ + 1.40
Lauenburg	„ + 1.47

Jahrs wuchs

Barbisch	19. Juni + 0.03	0.03	—
Brandeis	„ + 0.08	0.08	—
Melmitz	„ + 0.18	0.04	—
Leitmeritz	„ 0.00	0.02	—
Außig	20. „ + 0.43	—	0.05
Dresden	„ + 1.00	0.02	—
Leipzig	„ + 1.10	—	—
Wittenberg	„ + 1.86	—	—
Köhlitz	„ + 1.32	0.07	—
Barby	„ + 2.16	0.12	—
Schönebeck	„ + 1.97	0.13	—
Magdeburg	21. „ + 1.70	0.15	—
Langerwände	20. „ + 2.69	0.01	—
Wittenberge	„ + 2.30	—	0.24
Dömitz, Pegel	„ + 1.42	—	0.02
Lauenburg	„ + 1.48	—	0.01

Beisitzer werden über mangelhafte Zustellung der Zeitung oder sonstige Unpünktlichkeiten, die sich auf die Thätigkeit der Redaktion und Expedition beziehen, sind schriftlich bei Herrn Bernhard Harbaum, Breitenweg 127, anzubringen.

nach dem ... Sie haben sich ...

„D, ich bitte,“ versicherte der Baron lachend, „thun Sie ihr keine Gewalt an.“

jahrelang auf kleinen Bühnen herum, diese bilden das Theaterproletariat. Es finden sich unter denselben oft erstaunliche Begabungen, aber das Elend, die Vagabondage, das ganz zigeunerhafte Leben, der Umgang mit Leuten voll Unbildung und Lächerlichkeit, dazu die Ausbeutung der Direktoren, ihre Paschagelüste ihren weiblichen Mitgliedern gegenüber, dies alles korrumpiert, ersticht den künstlerischen Funken und allen Ehrgeiz und jedes höhere Streben.

„Hören Sie, mein Fräulein,“ sagte er dann sehr gelassen an, aber mit jenem distinguierten Ton, der nur ein zartes, edles Interesse verraten will; „ich sagte vorhin, es gäbe noch ein drittes, und ich bitte Sie, dasselbe ins Auge zu fassen.“

